Europäisches Migrationsnetzwerk

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

JAHRESBERICHT 2018 ÜBER MIGRATION UND ASYL IN ÖSTERREICH

Beitrag zu den Jahresberichten der Kommission und EASO

Gefördert durch den AMIF der Europäischen Union

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

IOM • OIM

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedsstaat sowie Norwegen. Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem Österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.

Die Meinungen, die in dieser Studie geäußert werden, sind die der AutorInnen und reflektieren nicht unbedingt die Position des österreichischen Bundesministeriums für Inneres, der Europäischen Kommission und/oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung von Material in der gesamten Studie bedeuten keinerlei Stellungnahme seitens der IOM bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder Region, dessen Behörden oder hinsichtlich ihrer Grenzen.

IOM ist dem Prinzip verpflichtet, dass menschenwürdige und geregelte Migration den MigrantInnen und der Gesellschaft zugutekommt. Als zwischenstaatliche Organisation zielt IOM gemeinsam mit ihren PartnerInnen in der internationalen Gemeinschaft darauf ab, Unterstützung bei der Bewältigung von operationellen Migrationsherausforderungen anzubieten, das Verständnis über Migration zu erhöhen, soziale und ökonomische Entwicklung durch Migration zu fördern sowie die Menschenwürde und das Wohlergehen von MigrantInnen aufrechtzuerhalten.

Herausgeber: Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

Internationale Organisation für Migration,
Landesbüro für Österreich
Nibelungengasse 13/4 1010 Wien
Tel.: +43 1 585 33 22 0
E-Mail: iomvienna@iom.int, emnaustria@iom.int
Internet: www.iomvienna.at, www.emn.at

ISBN 978-3-9504683-7-3 (PDF), Deutsche Ausgabe
ISBN 978-3-9504683-8-0 (PDF), Englische Ausgabe

© Jänner 2019, Internationale Organisation für Migration (IOM)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Publikation darf ohne schriftliche Erlaubnis des Herausgebers in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, elektronische Datenträger, oder in einem anderen Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Anmerkung

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Nationalen Kontaktpunkte (NKP) im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) erstellt. Er hebt die wichtigsten rechtlichen, politischen und praxisbezogenen Entwicklungen in den Bereichen Migration und Asyl in Österreich im Jahr 2018 hervor. Der Bericht liefert in weiterer Folge Inhalte für den EMN-Jahresbericht über Migration und Asyl 2018 sowie für den Jahresbericht des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zur Asylsituation in der Europäischen Union (EU).

Das Format der Studie basiert auf einer gemeinsamen Studienvorlage, welche vom EMN erstellt wurde, um vergleichbare Informationen zu einer Anzahl von spezifischen Themen zu sammeln.

Dieser Bericht stützt sich auf offizielle Quellen wie etwa Pressemitteilungen und mündliche/schriftliche Beiträge relevanter Ministerien und Behörden und wurde vom NKP Österreich im EMN in Kooperation mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, dem Bundeskanzleramt, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und dem Bundesministerium für Inneres erstellt.

SUMMARY OF CHANGES TO THE NATIONAL MIGRATION/ASYLUM SYSTEM IN 2018

This section aims to reflect any overarching changes to the national migration / asylum systems as well as the main/key developments per "policy area". Please note that while all the information provided in your National Report will contribute to the development of the EMN Country Factsheets, the information you enter in this section will be used as a starting point for developing your Factsheet. **Therefore information in this section must be concise and should only focus on legal and policy developments that had a significant impact in the (Member) State during the reporting year (2018)**.

0. Overarching changes to the national migration and asylum system in 2018

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

1. Legal Migration

Mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018)[1] wurde die Forscher und Studenten-Richtlinie (2016/801) in nationales Recht umgesetzt. So wurden zum Beispiel die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu Forschungs- oder Studienzwecken dahingehend geändert, dass der Nachweis einer ortsüblichen Unterkunft entfällt (§ 43c Abs. 1 und § 64 Abs. 1 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz; NAG).[2] Außerdem wurden zwei neue Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Forscher-Mobilität" und Aufenthaltsbewilligung „Freiwillige") eingeführt (§ 61 und § 67 NAG). Diese Änderungen traten am 1. September 2018 in Kraft.

Im Dezember 2018 wurde eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG)[3] beschlossen. Zum einen wird das Punktesystem für die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte für sonstige Schlüsselkräfte dahingehend geändert, dass das Kriterium „Alter" geringer gewichtet wird (siehe Anlage C AuslBG).[4] Zum anderen kann eine Mangelberufsliste nun auch auf Landesebene erstellt werden (§ 13 Abs. 1 AuslBG). Diese ermöglicht die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte für Fachkräfte in Mangelberufen für die Beschäftigung in einem bestimmten Bundesland (§ 20d Abs. 5 AuslBG). Die Änderungen treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

2. International Protection including Asylum

Mit dem FrÄG 2018 wurden unter anderem das Asylgesetz 2005, das BFA-Verfahrensgesetz und das Grundversorgungsgesetz - Bund 2005 (GVG-B 2005) geändert. Beispielsweise dürfen die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes nun Datenträger von AsylwerberInnen sicherstellen und auswerten, um Informationen über ihre Identität oder Reiseroute zu gewinnen (§ 35a und § 39a BFA-Verfahrensgesetz).[5] Weiters sind sie ermächtigt, von AsylwerberInnen mitgeführtes Bargeld in beschränktem Ausmaß sicherzustellen (§ 39 Abs. 1 BFA-Verfahrensgesetz) mit dem Zweck, dass diese einen finanziellen Beitrag zu den Grundversorgungskosten des Bundes leisten (§ 2 Abs. 1b GVG-B 2005).[6] Eine weitere wesentliche Änderung betrifft das Asylgesetz 2005 (AsylG 2005).[7] Demnach gilt ein

[1] BGBl. I Nr. 56/2018.
[2] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[3] BGBl. I Nr. 94/2018.
[4] BGBl. Nr. 218/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2018.
[5] BGBl. I Nr. 87/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[6] BGBl. Nr. 405/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[7] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

Asylantrag durch Fremde auch für jedes in Österreich aufhältige minderjährige Kind (§ 17a AsylG 2005).

Im Oktober 2018 wurde eine umfangreiche Neustrukturierung des Asyl- und Fremdenwesens im Bundesministerium für Inneres verkündet, die mit Jänner 2019 umgesetzt werden soll. So werden alle relevanten Bereiche in einer Sektion, der Sektion V Fremdenwesen, gebündelt.[8]

3. Unaccompanied Minors and Other Vulnerable Groups

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

4. Integration

Ein besonderer Fokus lag 2018 neben der Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen und dem Bereich „Zugehörigkeit und Zusammenleben" insbesondere auf der Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund.[9]

Im Rahmen des FrÄG 2018 wurde das Asylgesetz 2005 (AsylG 2005) dahingehend geändert, dass zum Verfahren zugelassenen AsylwerberInnen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit – nach Maßgabe vorhandener finanzieller und organisatorischer Ressourcen – nunmehr Sprachkurse als Maßnahme der Integrationshilfe gewährt werden können (§ 68 Abs. 1 AsylG 2005). Die Änderungen traten mit 1. September 2018 in Kraft.

5. Citizenship and Statelessness

Im Rahmen des FrÄG 2018 wurde auch das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985[10] geändert. Die wesentliche Änderung besteht darin, dass Asylberechtigten erst nach 10 Jahren rechtmäßigem und ununterbrochenem Aufenthalt in Österreich (zuvor: sechs Jahre) die Staatsbürgerschaft verliehen werden kann (§ 11a Abs. 7 Staatsbürgerschaftsgesetz 1985).

6. Borders, Schengen and Visas

Per Verordnung des Bundesministers für Inneres gemäß § 10 Abs. 2 Grenzkontrollgesetz[11] führte Österreich zwei Mal vorübergehende Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Slowenien und Ungarn ein. Zunächst bis 11. November 2018[12] und dann bis 12. Mai 2019.[13]

Mit Inkrafttreten einer Novelle des Grenzkontrollgesetzes[14] am 23. Dezember 2018 kann der Landespolizeidirektor Bedienstete, die nicht Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind, zur Ausübung von Befehls- und Zwangsgewalt an der Außengrenze ermächtigen (§ 12b Abs. 1 Grenzkontrollgesetz).[15] Anlassfall war die aufgrund der steigenden Passagierzahlen am

---

8 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Ab Jänner 2019 neue Sektion V Fremdenwesen.* News, 8. Oktober 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=46376E67345673757863773D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

9 Siehe z.B. Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Umsetzung des Integrationsgesetzes und die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sind Prioritäten der Integrationsarbeit"*. Presseaussendung, Wien, 14. September 2018, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/09/karin-kneissl-umsetzung-des-integrationsgesetzes-und-die-foerderung-der-integration-von-frauen-mit-migrationshintergrund-sind-prioritaeten-der-integrationsarbeit/ (Zugriff am 20. Dezember 2018).

10 BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

11 BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.

12 BGBl. II Nr. 98/2018.

13 BGBl. II Nr. 274/2018.

14 BGBl. I Nr. 93/2018.

15 BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.

internationalen Flughafen Wien-Schwechat notwendig gewordene Unterstützung der PolizistInnen bei der Grenzkontrolle.[16]

7. Irregular Migration including Migrant Smuggling

Während seines Vorsitzes im Rat der Europäischen Union vom 1. Juli bis 31. Dezember 2018 fokussierte Österreich das Thema „Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration" als einen von drei Programmschwerpunkten.[17] Zu den nationalen Maßnahmen zählten beispielsweise die Einrichtung einer fremden- und grenzpolizeilichen Einheit (FGE) in jeder Landespolizeidirektion.[18] Außerdem kann seit dem FrÄG 2018 gegen Personen, die trotz eines rechtskräftigen Einreise- oder Aufenthaltsverbots unrechtmäßig nach Österreich einreisen oder sich dort aufhalten eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen verhängt werden (§ 120 Abs. 1c Fremdenpolizeigesetz 2005).[19]

Österreich hat 2018 auf mehreren Ebenen Trends der irregulären Migration analysiert und Informationen über Migrationsrouten zusammengetragen. Beispielsweise veröffentlichte das Bundeskriminalamt den *Lagebericht Schlepperei 2017*.[20] Weiters wurde im Juni 2018 im Bundesministerium für Inneres eine Task Force Migration eingerichtet, um die Entwicklung von Migrationsbewegungen laufend zu bewerten.[21] Zudem gab es ein Austauschtreffen mit den zuständigen Stellen aus Deutschland und der Schweiz.[22]

8. Trafficking in Human Beings

Im Oktober 2018 wurde der fünfte *Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (2018–2020)* dem Ministerrat vorgelegt.[23] Darin werden geflüchtete Personen und unbegleitete Minderjährige als potentielle Risikogruppen hervorgehoben.

9. Return and Readmission

Auch im Jahr 2018 war das deklarierte Ziel des für Rückführungen zuständigen Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) ein funktionierender Rückführungsvollzug auf nationaler

---

16 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Mehr Personal für Grenzkontrollen am Flughafen Wien-Schwechat*. News, 10. Dezember 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=69657A464D49306E3034383D (Zugriff am 28. Dezember 2018).

17 Bundeskanzleramt Österreich, *Programm des österreichischen Ratsvorsitzes*, S. 7–8, verfügbar auf www.eu2018.at/dam/jcr:b5dd3521-d93b-4dbc-8378-1d1a6a7f99cf/Programm%20des%20%C3%B6sterreichischen%20Ratsvorsitzes.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

18 Bundesministerium für Inneres (Hg.), Streifen und kontrollieren. In: Bundesministerium für Inneres (Hg.), *Öffentliche Sicherheit 9-10/18*, S. 29, verfügbar auf www.bmi.gv.at/magazinfiles/2018/09_10/puma.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

19 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

20 Bundeskriminalamt, *Lagebericht Schlepperei 2017*, verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at/304/files/Schlepperei_17_web_082018.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

21 Bundesministerium für Inneres, *Migrationslage am Westbalkan weiter angespannt, aber unter Kontrolle*. News, 8. November 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=413665775A4C367369736F3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

22 Bundesministerium für Inneres, *Treffen von Migrationsexperten in Wien*. News, 27. November 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=474856377979593578476 73D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

23 Republik Österreich Parlament, *Berichte zur Bekämpfung des Menschenhandels, Arbeitsausbeutung, Kinderhandel und Prostitution*, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/III/III_00216/index.shtml#tab-Uebersicht (Zugriff am 20. Dezember 2018).

Ebene in enger Kooperation mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) – laut BFA ein unverzichtbarer Bestandteil eines glaubwürdigen Asylsystems.[24]

Seit Juni 2018 ist Österreich Partner des neu eingerichteten Reintegrationsprogrammes ERRIN (*European Return and Reintegration Network*). Im Rahmen dessen leitet Österreich die Arbeitsgruppe Harmonisierung.[25]

Gemeinsam mit Deutschland, Dänemark, Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich hat Österreich 2018 einen internen Leitfaden zur Harmonisierung von Formularen und Abläufen der freiwilligen Rückkehr und Reintegration erstellt und implementierte ein entsprechendes Pilotprojekt in der Russischen Föderation und Marokko.[26]

Des Weiteren startete im September 2018 eine bilaterale Kooperation zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem französischen Amt für Einwanderung und Integration, im Rahmen dessen RückkehrerInnen aus insgesamt 13 frankophonen Staaten in Afrika Reintegrationsunterstützung angeboten wird.[27]

---

[24] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019.

[25] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 21. Jänner 2019.

[26] Bundesministerium für Inneres, *Freiwillige Rückkehr und Reintegration*. News, 21. September 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=5A306E466A697A7A5359593D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[27] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 21. Jänner 2019.

0 OVERARCHING CHANGES TO THE NATIONAL MIGRATION AND ASYLUM SYSTEM IN 2018

Please describe any overarching changes in the national migration and asylum system that have taken place in 2018. These are likely to result from a change of government or an overarching policy change that affects the overall approach to policymaking which in turn accounts for changes reported in the specific policy areas.

Were there any overall changes in the national migration and asylum system in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below, stating the drivers for the change / intended impact if applicable.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

1 LEGAL MIGRATION

1.1 Transposition of EU legislation on legal migration

Please provide a 'snapshot' on the status of transposition of each of the EU Directives relating to legal migration listed below as of (the end of) 2018. If developments have taken place in 2018 in terms of the implementation of these Directives, please elaborate these in the respective sections below.

EU Legislation	Equivalent National Legislation	Status*	Additional information
Directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purpose of research, studies, training … (23 May 2018)[28]	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018)[29]	In Kraft	Überwiegend ab 1. September 2018 in Kraft
Directive on the conditions of entry and stay of third-country nationals for the purpose of employment as seasonal workers (30 September 2016)[30]	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 (FrÄG 2017)[31]	In Kraft	Seit 1. Oktober 2017 in Kraft
Directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals in the framework of an intra-corporate transfer (29 November 2016)[32]	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 (FrÄG 2017)	In Kraft	Seit 1. Oktober 2017 in Kraft

**Please state whether the equivalent national legislation is a) in force; b) passed but not in force c) in progress; d) not applicable.*

1.2 Economic migration

1.2.1 Admission policies of specific categories of third-country nationals

Please describe any **new** concrete developments regarding admission of the following categories of third-country nationals. Please state the driver for the change / intended impact (e.g. incentive mechanisms, measures to prevent mis-use) if applicable.

1.2.1.1 Highly skilled/qualified workers

Were there any new developments in relation to highly skilled/qualified workers in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please include one development per row and indicate the nature of each development in the tick boxes below. If needed, please add additional rows to the table below.

---

[28] Directive (EU) 2016/801 of the European Parliament and of the Council of 11 May 2016 on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purposes of research, studies, training, voluntary service, pupil exchange schemes or educational projects and au pairing, OJ L 132.

[29] BGBl. I Nr. 56/2018.

[30] Directive 2014/36/EU of the European Parliament and of the Council of 26 February 2014 on the conditions of entry and stay of third-country nationals for the purpose of employment as seasonal workers, OJ L 94/375.

[31] BGBl. I Nr. 145/2017.

[32] Directive 2014/66/EU on the conditions of entry and residence of third-country nationals in the framework of an intra-corporate transfer, OJ L 157.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Am 1. Jänner 2018 trat die Fachkräfteverordnung 2018 in Kraft.[33] Diese legt die Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften für das Jahr 2018 fest. Ausländische Fachkräfte können folglich in 27 Berufen eine „Rot-Weiß-Rot – Karte“ für Fachkräfte in Mangelberufen beantragen. Dies sind deutlich mehr Mangelberufe als noch im Vorjahr (2017: 11 Mangelberufe).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Im Dezember 2018 wurde eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG)[34] beschlossen. Zum einen wird das Punktesystem für die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte für sonstige Schlüsselkräfte dahingehend geändert, dass ein Kriterium „Sprachkenntnisse Englisch“ eingeführt, das Kriterium „Berufserfahrung“ aufgewertet und gleichzeitig das Kriterium „Alter“ geringer gewichtet wird (siehe Anlage C AuslBG).[35] Diese Änderung war notwendig, da der Verfassungsgerichtshof (VfGH) zu dem Schluss gekommen war, dass Teile der Bestimmungen zur Rot-Weiß-Rot-Karte für sonstige Schlüsselarbeitskräfte aufgrund des Alters diskriminierend seien und diese Gesetzesteile daher als verfassungswidrig aufgehoben wurden.[36] Weiters wurde die Mangelberufsliste regionalisiert um die Zuwanderung bedarfsgerechter zu steuern.[37] Als Mangelberufe kommen nun nicht mehr nur Berufe in Betracht, für die bundesweit pro gemeldeter offener Stelle höchstens 1,5 Arbeitsuchende vorgemerkt sind, sondern auch Berufe, in denen in bestimmten Bundesländern ein Mangel besteht (§ 13 Abs. 1 AuslBG). Die Änderungen treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.2 Intra-corporate transferees

Were there any <u>new</u> developments in relation to intra-corporate transferees in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.3 Seasonal workers

Were there any <u>new</u> developments in relation to seasonal workers in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***

[33] BGBl. II Nr. 377/2017.
[34] BGBl. I Nr. 94/2018.
[35] BGBl. Nr. 218/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2018.
[36] VfGH, 13. Dezember 2017, G281/2017.
[37] Republik Österreich Parlament, *Nationalrat beschließt Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte samt Regionalisierung der Mangelberufsliste*. Parlamentskorrespondenz Nr. 1509 vom 13. Dezember 2018, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1509/#XXVI_A_00504 (Zugriff am 28. Dezember 2018).

Im Februar 2018 trat die Niederlassungsverordnung 2018[38] in Kraft. Diese legt unter anderem die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und ErntehelferInnen für das Jahr 2018 fest. Demnach dürfen höchstens 4.000 Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde (Saisonarbeitskräfte) und bis zu 600 Beschäftigungsbewilligungen für ErntehelferInnen erteilt werden (§§ 1 und 2 Niederlassungsverordnung 2018). Damit bleiben die Höchstzahlen gegenüber dem Vorjahr unverändert.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.4 Low and medium skilled workers (other than seasonal workers)

Were there any <u>new</u> developments in relation to low and medium skilled workers, other than seasonal workers, in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.5 Entrepreneurs and investors

Were there any <u>new</u> developments in relation to entrepreneurs and investors in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.6 Trainees, au-pairs and volunteers

Were there any <u>new</u> developments in relation to trainees, au-pairs and volunteers in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

[38] BGBl. II Nr. 23/2018.

Development *(Please describe)*	**Nature***
In Umsetzung der Forscher und Studenten-Richtlinie (2016/801)[39] wurde im Rahmen des FrÄG 2018 ein neuer Aufenthaltstitel für drittstaatsangehörige TeilnehmerInnen eines Freiwilligendienstes im Europäischen Freiwilligendienst eingeführt. Dabei handelt es sich um die Aufenthaltsbewilligung „Freiwillige“ (§ 67 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes; NAG).[40]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
In Umsetzung der Forscher und Studenten-Richtlinie wurde im Rahmen des FrÄG 2018 ein Visum D für PraktikantInnen geschaffen. Die maximale Gültigkeitsdauer beträgt im Sinne der Richtlinie sechs Monate (§ 20 Abs. 1 Z 10 und Abs. 2 Z 1 Fremdenpolizeigesetz 2005).[41]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.7 Other remunerated workers

Were there any <u>new</u> developments in relation to other remunerated workers in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.2 Satisfying labour market needs - admission policies

Were there any <u>new</u> developments to satisfy labour market and skill needs/shortages in relation to the employment of third-country nationals (which were not already covered in question 1.2.1 above) in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[39] Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit, ABl. 2016 L 132/21.

[40] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

[41] Ebd.

1.2.3 'Social dumping'[42] and labour exploitation

Were there any <u>new</u> developments aimed at tackling labour exploitation and/or social dumping of third-country national workers legally residing in your (Member) State in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the drivers for the change / intended impact if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Mai 2018 gab das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz die Weiterführung der Förderung von UNDOK (Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender) bekannt (siehe auch 8.2.1.b). Laut Ministerium wird mit der Stärkung der Rechte irregulär Beschäftigter gleichzeitig allen österreichischen ArbeitnehmerInnen bei der Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen geholfen. Somit trage das Projekt zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping bei und damit zur Durchsetzung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes,[43] mit dem die EU-Entsende-Richtlinie (96/71/EG) umgesetzt wurde.[44]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.4 Circular migration

Were there any <u>new</u> developments regarding circular migration in 2018? Y/N. If **yes**, please elaborate below, stating the drivers for the change / intended impact if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Were there any <u>new</u> developments regarding other bilateral labour agreements between your (Member) State and third countries in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the drivers for the change / intended impact if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

---

[42] While there is no definition of the concept of "social dumping" in EU law, the term is generally used to point to unfair competition due to the application of different wages and social protection rules to different categories of worker (Parliamentary questions, 27 May 2015, E-008441-15). The European Commission described the practice as a situation 'where foreign service providers can undercut local service providers because their labour standards are lower', more info at Eurofound, *European Industrial Relations Dictionary*, available at www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/industrial-relations-dictionary/social-dumping-0 (accessed on 20 December 2018).

[43] BGBl. I Nr. 44/2016, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 32/2018.

[44] Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, *UNDOK und MEN VIA Grünes Licht für Förderung gegen Menschenhandel*. Presseaussendung, Wien, 18. Mai 2018, verfügbar auf www.sozialministerium.at/site/Service_Medien/Presse/Presseaussendungen/UNDOK_und_MEN_VIA_Gruenes_Licht_fuer_Foerderung_gegen_Menschenhandel (Zugriff am 20. Dezember 2018).

1.2.5 Other developments in economic migration

Were there any other new developments in the area of economic migration in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the drivers for the change / intended impact if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.3 Students and researchers

Were there any new developments in relation to a) Students and b) Researchers in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please state the driver for the change / intended impact (e.g. incentive mechanisms to attract / retain students, measures to prevent mis-use etc.) if applicable.

Development for a) STUDENTS (please describe)	**Nature***
Die Forscher und Studenten-Richtlinie wurde großteils mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018) in nationales Recht umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie kam es auch zu einer Adaptierung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (NAG).[45] So wurden die Voraussetzungen, bei deren Vorliegen ein Aufenthaltstitel zu Forschungs- oder Studienzwecken erteilt werden kann, geändert. Es entfällt etwa der Nachweis einer ortsüblichen Unterkunft (§ 43c Abs. 1 und § 64 Abs. 1 NAG). Darüber hinaus kann Drittstaatsangehörigen, die in Österreich ein Studium oder eine Ausbildung bzw. eine Forschungstätigkeit erfolgreich abgeschlossen haben und die eine Erteilung eines Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot – Karte“, „Blaue Karte – EU“ oder „Niederlassungsbewilligung – Forscher“ anstreben, die Aufenthaltsbewilligung „Student“ bzw. die Niederlassungsbewilligung „Forscher“ zum Zweck der Arbeitssuche oder der Unternehmensgründung für die Dauer von zwölf Monaten verlängert werden (§ 43c Abs. 2 und § 64 Abs. 4 NAG). Weiters wurde für Drittstaatsangehörige, die einen gültigen Aufenthaltstitel „Forscher“ eines anderen EU-Mitgliedstaates besitzen, die Aufenthaltsbewilligung als mobile/r Forscher/in (Aufenthaltsbewilligung „Forscher-Mobilität“) geschaffen (§ 61 NAG). Der Antrag zur Erteilung der Aufenthaltsbewilligung „Forscher-Mobilität“ kann in Umsetzung der vereinfachten Mobilitätsbestimmungen der Forscher und Studenten-Richtlinie im Inland eingebracht und das Verfahren im Inland abgewartet werden, sofern der Aufenthaltstitel des anderen EU-Mitgliedstaats eine entsprechende Gültigkeitsdauer aufweist (§ 21 Abs 1 Z 10 NAG).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Development for b) RESEARCHERS *(please describe)*	**Nature***
Siehe 1.3 a)	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[45] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

1.4 Family reunification and family formation

Were there any <u>new</u> developments regarding family reunification and family formation in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please state the driver for the change / intended impact (e.g. facilitation of family reunification, measures to prevent mis-use etc.)

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.5 Information on routes to and conditions of legal migration

Were there any <u>new</u> developments in 2018 to improve the provision of information on the routes to and conditions of legal migration for third-country nationals? Y/N.

For example, provision of information through:

a) Information campaigns, websites, specific centres etc.

b) Cooperation with third countries, for example on pre-departure measures, which may include provision of information on visas and residence / work permits, which take place both in the (Member) State and/or a third country.

If **yes**, please elaborate below.

Development *(please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.6 Other measures regarding legal migration

Were there any <u>other new</u> developments regarding legal migration? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, and state the driver for the change / intended impact in 2018

Development *(please describe)*	**Nature***
Am 31. Oktober 2018 entschied der Ministerrat, an der zwischenstaatlichen Konferenz zur Verabschiedung des Globalen Pakts für sichere, geordnete und reguläre Migration (A/CONF.231/3)[46] am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch, Marokko, nicht teilzunehmen. Auch werde sich Österreich bei der Bestätigung des Migrationspaktes durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 19. Dezember 2018 der Stimme enthalten.[47]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[46] UN-Generalversammlung, *Intergovernmental Conference to Adopt the Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration – Draft outcome document of the Conference*, A/CONF.231/3, 30. Juli 2018, verfügbar auf http://undocs.org/A/CONF.231/3 (Zugriff am 3. Jänner 2019).

[47] Bundeskanzleramt, *Ministerrat lehnt Beitritt zu UN-Migrationspakt ab*, verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at/-/ministerrat-lehnt-beitritt-zu-un-migrationspakt-ab (Zugriff am 3. Jänner 2019).

2 INTERNATIONAL PROTECTION INCLUDING ASYLUM

NB: THIS SECTION WILL ALSO FEED INTO EASO'S ANNUAL REPORT ON THE SITUATION OF ASYLUM IN THE EU.

2.1 Implementation of the Common European Asylum System (CEAS) and related policy developments

2.1.1 Changes in legislation, policies and practices

Please provide **information on *new developments*** relating to any of the following areas**:**

2.1.1.1 Access to the asylum procedure

Were there any new developments in relation to access to the asylum procedure in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) First arrival to territory (including information provided at the time of first arrival to the EU territory and operations to help asylum seekers on arrival);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Access to the asylum procedure (including applications made at the border, within the (Member) State's territory and in detention) - including making and lodging applications;	
Durch die Änderung des Asylgesetzes 2005 (AsylG 2005)[48] im Rahmen des Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2018 (FrÄG 2018)[49] gilt ein Antrag auf internationalen Schutz durch eine/n Fremde/n auch für jedes in Österreich aufhältige minderjährige Kind, sofern diesem nicht bereits ein Aufenthaltsrecht zukommt. Für in Österreich nachgeborene drittstaatszugehörige Kinder gelten Anträge auf internationalen Schutz mit Einlangen der Anzeige der Geburt oder mit Kenntnis des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) über die Geburt ex lege als gestellt und eingebracht (§ 17a AsylG 2005). Die Änderung ist seit 1. September 2018 in Kraft.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Registration of applications for international protection (including subsequent applications and Dublin returnees), identification and fingerprinting.	
Mit dem FrÄG 2018 wurde auch das BFA-Verfahrensgesetz[50] geändert. Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind nun dazu ermächtigt, Datenträger von AsylwerberInnen sicherzustellen und auszuwerten, sofern eine Feststellung der Identität oder Reiseroute anhand der vorliegenden Beweismittel nicht möglich ist (§ 35a und § 39a BFA-Verfahrensgesetz).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.2 Reception of asylum applicants

Were there any new developments in relation to reception of asylum applicants in 2018? Y/N.

[48] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[49] BGBl. I Nr. 56/2018.
[50] BGBl. I Nr. 87/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Reception of applicants (please include information on reception capacities – rise/fall/stable, material reception conditions, i.e. housing, food and clothing and financial support, contingency planning in reception, access to labour market and vocational training, medical care, schooling and education, residence and freedom of movement)	
Mit dem FrÄG 2018 wurde eine Reihe von Gesetzen geändert. Diese betrafen auch das Grundversorgungsgesetz - Bund 2005 (GVG-B 2005)[51] und das BFA-Verfahrensgesetz. Aufgrund dieser Änderungen sind beispielsweise AsylwerberInnen, die sich in Bundesbetreuung befinden, nunmehr dazu verpflichtet, einen finanziellen Beitrag zu den Grundversorgungskosten des Bundes zu leisten (§ 2 Abs. 1b GVG-B 2005). Zu diesem Zweck wurden die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ermächtigt, zum Zeitpunkt der Asylantragstellung etwaiges von AsylwerberInnen mitgeführtes Bargeld bis zu einem Höchstbetrag von EUR 840 sicherzustellen. Dabei müssen der Person mindesten EUR 120 gelassen werden (§ 39 Abs. 1 BFA-Verfahrensgesetz).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Im Rahmen des FrÄG 2018 wurde des Asylgesetz 2005 (AsylG 2005)[52] auch hinsichtlich der Anordnung der Unterkunftnahme geändert. Es darf nun auch in Bezug auf AsylwerberInnen im Zulassungsverfahren eine Anordnung der Unterkunftnahme in einem vom Bund zur Verfügung gestellten Quartier erfolgen (§ 15 b AsylG). Diese war zuvor auf zugelassene AsylwerberInnen beschränkt. Die Voraussetzungen zur Anordnung der Unterkunftnahme bleiben dabei gleich.[53]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Detention during the asylum procedure (detention capacity – rise/fall/stable, practices regarding detention, grounds for detention, alternatives to detention, time limit for detention)	
Im Rahmen des FrÄG 2018 wurde die Normierung der Schubhaft geändert. Nun ist es wieder möglich, AsylwerberInnen in Schubhaft zu nehmen, wenn neben Fluchtgefahr und Verhältnismäßigkeit zusätzlich eine vom Aufenthalt des Fremden ausgehende Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit vorliegt (§ 76 Abs. 2 Z 1 Fremdenpolizeigesetz 2005; FPG).[54] Der Änderung liegt Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs zugrunde, der in seinem Erkenntnis vom 5. Oktober 2017 zu Ro 2017/21/0009[55] festgehalten hatte, dass der bisher geltende § 76 FPG nicht den Anforderungen der Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU)[56] an die Inhaftierung von Personen entsprach, die sich in einem Verfahren auf internationalen Schutz befinden. Daher konnte außerhalb von Dublin-Konstellationen und außer dem in § 76 Abs. 6 FPG genannten Fall, dass sich der/die Fremde bereits bei Antragstellung in Schubhaft befand, gegen Fremde während des offenen Asylverfahrens keine Schubhaft angeordnet bzw. vollzogen werden. Durch die Anpassung werden nun der Haftgrund des Art. 8 Abs. 3 lit. e der Aufnahmerichtlinie ins nationale Recht umgesetzt und die	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[51] BGBl. Nr. 405/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[52] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[53] Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018, *Regierungsvorlage – Erläuterungen*, S. 22–23, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00189/imfname_698465.pdf (Zugriff am 17. Jänner 2019).
[54] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[55] VwGH, 5. Oktober 2017, Ro 2017/21/0009.
[56] Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, 29. Juni 2013, ABl. 2013 L 180/96.

Schubhaftgründe übersichtlicher gestaltet.[57] Die Änderungen traten mit 1. September 2018 in Kraft.	

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.3 Asylum procedures

Were there any <u>new</u> developments in relation to asylum procedures in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Access to information and legal counselling/representation (including at the border and during the asylum procedure);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Provision of interpretation;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Dublin procedure (including changes in: the organisational framework, IT systems[58], practical development and suspension of transfers to selected countries, detention in the framework of Dublin procedures);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Special procedures: border procedures, procedures in transit zones, accelerated procedures, admissibility procedures, prioritised procedures or any special procedure for selected caseloads;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Safe country concept: safe country of origin, safe third country, European safe third country, first country of asylum (introduction of the concept into law, applicability of the concept in practice, measures undertaken to create, revise or implement a list of safe countries);	
Im Jahr 2018 wurde die Herkunftsstaaten-Verordnung zwei Mal geändert. Am 14. Februar wurden Armenien, Benin und die Ukraine zur Liste der Staaten, die als sichere Herkunftsstaaten gelten, hinzugefügt.[59] Am 20. Juni wurden außerdem Senegal und Sri Lanka als sichere Herkunftsstaaten bestimmt.[60]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[57] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019. Siehe auch Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018, *Regierungsvorlage – Erläuterungen*, S. 18–19, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00189/imfname_698465.pdf (Zugriff am 17. Jänner 2019).

[58] For example, information on setting up new databases that allow managing of Dublin cases, problems with managing DubliNet which can cause a delay in sending/receiving Dublin requests, acquisition of new equipment, such as Eurodac machines etc. as it is a relevant development in boosting the capacity to conduct Dublin procedures.

[59] BGBl. II Nr. 25/2018.

[60] BGBl. II Nr. 130/2018.

Development *(Please describe)*	**Nature***
f) Procedures at first instance (relevant changes in: the authority in charge, organisation of the process, interviews, evidence assessment, international protection status determination, decision making, timeframes, case management, including backlog management);	
Am 31. Mai 2018 trat § 22 Abs. 1 AsylG 2005 außer Kraft. Damit ist über einen Asylantrag nicht mehr innerhalb von 15 Monaten zu entscheiden. Stattdessen gilt die allgemeine Frist von sechs Monaten gemäß § 73 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz[61] nunmehr auch für Asylverfahren (Art. 1 Z 23 Bundesgesetz, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das BFA-Verfahrensgesetz geändert werden).[62]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Appeal/judicial review (changes in: organisation of the process, hearings, written procedures, timeframes, case management, including backlog management);	
Seit 1. Juni 2018 muss über Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl binnen sechs Monaten entschieden werden (§ 34 Abs. 1 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz).[63] § 21 Abs. 2b BFA-Verfahrensgesetz, das eine Frist von 12 Monaten eingeführt hatte, trat mit 31. Mai 2018 außer Kraft (Art 4 Z 21 Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017).[64]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
h) Country of origin information (changes or updates in: organisation, methodology, products, databases, fact-finding missions, cooperation between (Member) States).	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.4 Residence/entry documents and rights/obligations of beneficiaries of international protection

Were there any <u>new</u> developments in relation to the rights and obligations related to the status of beneficiary of international protection in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Residence/entry documents granted to beneficiaries of international protection (including length/duration);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Rights and obligations regarding family reunification, access to social welfare scheme, access to accommodation, healthcare, citizenship, education, employment etc.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[61] BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2018.
[62] BGBl. I Nr. 24/2016.
[63] BGBl. I Nr. 33/2013, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 57/2018.
[64] BGBl. I Nr. 145/2017.

2.1.1.5 Provision of information on residence/entry documents and rights/obligations of beneficiaries of international protection

Were there any <u>new</u> developments in relation to the provision of information to beneficiaries of international protection on the rights and obligations related to that status, in a language that they understand or are reasonably supposed to understand in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Information on residence/entry documents granted to beneficiaries of international protection (including length/duration);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Information on rights and obligations regarding family reunification, access to social welfare scheme, access to accommodation, healthcare, citizenship, employment and integration programme.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.6 Withdrawal of international protection

Were there any <u>new</u> developments regarding the withdrawal of international protection? Y/N.

Please include information in relation to institutional and organisational aspects, procedural rules, cessation, grounds for revocation of, ending of, or refusal to renew international protection (grounds for ending international protection include: exclusion, misrepresentation or omission of facts and danger to national security or the community) and consequences following revocation of, ending of, or refusal to renew international protection.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Mit dem FrÄG 2018 wurde auch das AsylG 2005 hinsichtlich der Aberkennung des Asylstatus spezifiziert. Ein Verfahren zur Aberkennung des Asylstatus ist nun einzuleiten und beschleunigt zu führen,[65] wenn konkrete Hinweise darauf vorliegen, dass sich die betreffende asylberechtigte Person freiwillig wieder unter den Schutz ihres Herkunftsstaates gestellt hat, die verlorene Staatsangehörigkeit freiwillig wieder erworben hat oder sich freiwillig in dem Staat, der aus Furcht vor Verfolgung verlassen oder nicht betreten wurde, niedergelassen hat. Als derartige Hinweise definiert das AsylG 2005 nunmehr insbesondere die Einreise von asylberechtigten Personen in ihren Herkunftsstaat oder die Beantragung und Ausstellung eines Reisepasses des Herkunftsstaates (§ 7 Abs. 2 AsylG 2005). Die	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[65] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019.

Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Gründung eines Unternehmens im Herkunftsstaat könnten weitere Hinweise darstellen.[66]	
Laut BFA wurden im Jahr 2018 mit knapp 6.000 Verfahren vier Mal so viele Aberkennungsverfahren eingeleitet und mit knapp 1.600 tatsächlichen Aberkennungen drei Mal so oft Asyl oder subsidiärer Schutz aberkannt wie im Vorjahr. Die Priorität von Aberkennungsverfahren werde auch im Jahr 2019 fortgesetzt, so das BFA.[67]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.7 Cooperation with third countries

Were there any <u>new</u> policies/measures in 2018 implemented in cooperation with third countries, including activities related to the external dimension of the CEAS (e.g. participation in capacity building activities in third countries, Regional Development Protection Programmes or any relevant activities under Partnership Framework with Third Countries and European Neighbourhood Policy)?

If evidence is available, please describe the outcomes of these developments in the box below

Im Sommer 2018 stellte Österreich Material für Notunterkünfte für MigrantInnen in Bosnien und Herzegowina zur Verfügung. Mit der Ausrüstung können in insgesamt 56 Familienzelten bis zu 280 Personen untergebracht werden. Die Hilfslieferung beruht auf dem 2015 unterzeichneten *Memorandum of Understanding* zur gegenseitigen Unterstützung im Bereich der Katastrophenhilfe.[68]

2.1.1.8 Other developments in asylum legislation, policy and practices

Were there any <u>other new</u> developments in 2018 which were not covered above, in particular in relation to any specific challenges?

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Dezember 2018 wurde eine Änderung des Waffengesetzes 1996 (WaffG) beschlossen.[69] Unter anderem wird das bestehende Schusswaffenverbot für AsylwerberInnen, irregulär Aufhältige und sonstige Drittstaatsangehörige, die nicht über ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht verfügen, auf sämtliche Waffen ausgedehnt (§ 11a WaffG).[70] Diese Änderungen treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Mit dem FrÄG 2018 wurde das AsylG 2005 dahingehend geändert, dass eine im Sinne des AsylG 2005 maßgebliche gerichtliche Verurteilung auch dann vorliegt, wenn sie wegen einer Jugendstraftat erfolgt ist (§ 2 Abs. 4 AsylG 2005).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

---

66 Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018, *Regierungsvorlage – Erläuterungen*, S. 22, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00189/imfname_698465.pdf (Zugriff am 29. Jänner 2019).

67 Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019.

68 Bundesministerium für Inneres, *Österreich unterstützt Bosnien-Herzegowina mit "Shelter Equipment"*. News, 6. Juli 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=614F776A6831574E32464D3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

69 BGBl. I Nr. 97/2018.

70 BGBl. I Nr. 12/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 97/2018.

2.1.2 Institutional changes in the national asylum system

Were there any new institutional changes in the asylum field at ministry/agency/section level (including changes in mandate, creation of new entities, internal restructuring and transfer of competences, increase/decrease of staffing) in 2018? Y/N.

Im März 2018 nahm die neunte Außenstelle des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) den Betrieb auf. Die Außenstelle in Leoben unterliegt der Regionaldirektion Steiermark.[71] Neben den Außenstellen verfügt das BFA über eine Zentrale in Wien, eine Regionaldirektion in jedem Bundesland sowie die Erstaufnahmestellen Ost und West und die Erstaufnahmestelle Flughafen Wien-Schwechat.[72]

Im Oktober 2018 wurde eine umfangreiche Neustrukturierung des Asyl- und Fremdenwesens im Bundesministerium für Inneres verkündet. Diese wurde mit Jänner 2019 umgesetzt. Künftig werden die Ressourcen und das Wissen in den Bereichen Grenzschutz, Fremdenpolizei, Asyl, Grundversorgung, Aufenthaltswesen, Staatsbürgerschaft und Rückkehr in einer Sektion (Sektion V Fremdenwesen) gebündelt. Die neue Sektion wird auch das BFA in seiner Arbeit unterstützen, insbesondere im operativen Bereich, bei der Informationsbeschaffung und Analyse sowie in der Optimierung der Verfahrensdauer. Einer der Schwerpunkte der neuen Sektion soll die externe Dimension der Migration sein, d.h. die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten sowie mit Transit- und Herkunftsregionen.[73]

2.1.3 Efficiency and Quality of the national asylum system

Were there any measures undertaken to improve:

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Safeguards of the national asylum system (preventing and combatting unfounded applications, credibility assessment,[74] establishing identity, nationality verification, detection of security concerns, age fraud) including information on tools, mechanisms and training provided to staff;	
Siehe 2.1.1.1 c).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Quality of the national asylum system (internal measures to improve quality in decision-making processes and the content of issued decisions, e.g. creation of guidelines and instructions). Please include information on training, tools and mechanisms and state how results are measured.	
In allen regionalen Organisationseinheiten des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) wurde 2018 eine umfassende Bescheid-Evaluierung von insgesamt 500 Bescheiden mit Schwerpunkt Beweiswürdigung und Formulierung durchgeführt. Die Evaluierung hat ergeben, dass keine	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[71] Landespolizeidirektion Steiermark, *BFA: Eröffnung der Außenstelle Leoben*, verfügbar auf www.polizei.gv.at/stmk/start.aspx?nwid=4E69636543484337684A413D&ctrl=3734335266674D385951343D&nwo=8 (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[72] Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Standorte des BFA*, verfügbar auf www.bfa.gv.at/bundesamt/standorte/start.aspx (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[73] Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Ab Jänner 2019 neue Sektion V Fremdenwesen.* News, 8. Oktober 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=46376E67345673757863773D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[74] According to EASO, credibility assessment is performed in order to establish if the applicant's statements substantiating the claim are truthful in the light of other circumstances of the case and other means of evidence.

Development *(Please describe)*	**Nature***
grundsätzlichen strukturellen Defizite vorliegen. Neben dieser anlassbezogenen Evaluierung bestehen verschiedene Qualitätsmaßnahmen.[75] 2018 bildete die Ausarbeitung und Verabschiedung des Generalerlasses Qualitätsmanagement sowie die dazugehörigen Maßnahmen zur Umsetzung einen Schwerpunkt. Weitere Schwerpunkte waren die Durchführung von Evaluierungen zu den Themen Sprache in Bescheiden, Einvernahmen, sowie die weitere Vernetzung der qualitätssichernden Personen und die Ausarbeitung einer weiterführenden Ausbildung der qualitätssichernden Personen. Zudem wurden zahlreiche Schulungsmaßnahmen und Workshops zur Qualifizierung der MitarbeiterInnen durchgeführt. Im Jahr 2018 organisierte das BFA 90 Fortbildungen. Dabei wurden 1.536 TeilnehmerInnen an insgesamt 2.954 Ausbildungstagen geschult.[76]	
c) Efficiency of the processing of (first) applications and appeals (increasing speed, reducing costs, use of new technology, specialised training provided) of the national asylum system. Please indicate if there are any procedural changes, which are specific to subsequent applications.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Please include information on **effectiveness** *of above listed measures (where evidence exists and stating how this is measured).*

Laut vorläufigen Zahlen des BFA konnte die Behörde 2018 erfolgreich den Rückstau von 73.444 offenen Verfahren (Höchststand aus dem Jahr 2015) bewältigen und hat mit Ende 2018 nunmehr lediglich 6.826 offene Verfahren. Damit sei der Rückstand vollständig aufgearbeitet. Gleichzeitig habe sich die Verfahrensdauer deutlich verkürzt: Mit Stand Jänner 2019 habe die durchschnittliche Verfahrensdauer für Asylanträge, die ab dem 1. Juni 2018 gestellt wurden, unter drei Monaten gelegen.[77]

[75] Bundesministerium für Inneres, *Stellungnahme des BFA zu Bescheiden, die nicht den qualitativen Standards entsprechen*. Presseaussendung, Wien, 17. August 2018, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180817_OTS0031/stellungnahme-des-bfa-zu-bescheiden-die-nicht-den-qualitativen-standards-entsprechen (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[76] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019.

[77] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Rückstandsabbau erledigt, Verfahrensdauer unter drei Monaten, Abschiebungen gesteigert.* News, 24. Jänner 2019, verfügbar auf hwww.bfa.gv.at/presse/news/detail.aspx?nwid=72735962325769334A57773D&ctrl=794E752F6259564A344A437375564B796375373831364F486E38592F6A766152 (Zugriff am 28. Jänner 2019).

2.2 Relocation and resettlement programmes

NB: PLEASE NOTE THAT INFORMATION COLLECTED UNDER THIS SECTION, WILL BE PRESENTED IN THE SYNTHESIS REPORT TOGETHER WITH THE EU OVERVIEW OF RELOCATION AND RESETTLEMENT SCHEMES.

2.2.1 Relocation[78]

2.2.1.1 Intra-EU relocation mechanism

Were there any changes in your national practices with regard to applicants relocated under the intra-EU relocation mechanism in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please also mention any challenges related to this mechanism.

Anfang 2018 bestätigte Österreich, dass die im Dezember 2017 angelobte Bundesregierung an der Zusage, 50 Personen (insbesondere unbegleitete Minderjährige) im Rahmen des Intra-EU-Umverteilungsmechanismus von Italien nach Österreich zu überstellen, festhalten werde. Darüber hinaus würden aber keine weiteren Personen aufgenommen werden.[79]

Im Jahr 2018 fanden die letzten Überstellungen im Rahmen des Intra-EU-Umverteilungsmechanismus von Italien nach Österreich statt. Bis Dezember 2018 konnten insgesamt 47 Personen mit der Unterstützung von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) überstellt werden. Insgesamt wurden 48 Sicherheitsinterviews an verschiedenen Orten in Italien durchgeführt. Zwei Personen konnten nicht interviewt werden, da sie untergetaucht waren bzw. ihren Antrag auf Umverteilung zurückgezogen hatten. Von den 48 interviewten Personen erhielten 47 eine Zustimmung und eine Person eine Ablehnung. Die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren wurde vom zuständigen Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) als sehr positiv bewertet. Herausforderungen ergaben sich laut BFA bei der Organisation der Sicherheitsinterviews, insbesondere weil die AntragstellerInnen über ganz Italien verteilt untergebracht waren, was die Organisation sehr zeitintensiv machte.[80]

2.2.1.2 National relocation mechanisms

Were there any actions undertaken in 2018 with regard to relocation activities organised under national schemes (i.e. on bilateral basis, not EU level schemes)? Y/N.

---

[78] Relocation: The transfer of persons having a status defined by the Geneva Refugee Convention and Protocol or subsidiary protection within the meaning of Directive 2011/95/EU (Recast Qualification Directive) from the EU Member State which granted them international protection to another EU Member State where they will be granted similar protection, and of persons having applied for international protection from the EU Member State which is responsible for examining their application to another EU Member State where their applications for international protection will be examined. In the context of the EU emergency relocation programme, the transfer of persons in clear need of international protection, as defined in Council Decision 2015/1601 and 2016/1754, having applied for international protection from the EU Member State, CH or NO which is responsible for examining their application to another EU Member State, CH or NO where their application for international protection will be examined (see European Commission, *EMN Glossary*, available at https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary_en (accessed on 21 December 2018)).

[79] Bundesministerium für Inneres, *Innenministerium: Keine weiteren Zusagen für Relocation-Programm*. News, 1. Februar 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=62394F722F7A43305033383D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[80] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 23. Jänner 2019.

If **yes**, please elaborate below.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

2.2.2 Resettlement and Humanitarian Admission Programmes[81]

2.2.2.1 EU Joint Resettlement Programmes

Were there any activities related to resettlement and humanitarian admission programmes implemented by your (Member) State under EU resettlement programmes in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please also mention any challenges related to these programmes.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

2.2.2.2 National Resettlement Programmes

Please note that this question focuses on national resettlement programmes, such as those implemented by UNHCR, whilst the question on above 2.2.2.1 focuses on EU joint resettlement programmes

Please describe 2018 resettlement activities to your (Member) State, differentiating between the types of programme indicated below.

If applicable, for each of the programmes described, please indicate the resettlement quota established, the actual number of people resettled/admitted and from which countries. Please describe any evidence of the results / outcomes of this cooperation, if available.

a) National resettlement programme (UNHCR); Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.
b) National Humanitarian Admission Programme; Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.
c) Private sponsorship programme/scheme; Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.
d) Ad-hoc special programmes (e.g. national initiatives, and/or international initiatives Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

[81] Resettlement: In the EU context, the transfer, on a request from the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) and based on their need for international protection, of a third-country national or stateless person, from a third country to an EU Member State, where they are permitted to reside with one of the following statuses: (i) refugee status within the meaning of Art. 2(d) of Directive 2011/95/EU (Recast Qualification Directive); (ii) a status which offers the same rights and benefits under national and EU law as refugee status (see European Commission, *EMN Glossary*, available at https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary_en (accessed on 21 December 2018)).

2.3 Information for EASO purposes (REPORT and EASO Database on Case Law) only, not for inclusion in EMN Synthesis Report:

Jurisprudence

Please provide information on precedent setting new national jurisprudence relating to asylum with major policy implications (preferably final judgments) by using the following structure:

- **Court Name**
- **Date of Decision**
- **Title/Parties**
- **Case Number/ Citation/Document Symbol/ECLI**
- **Abstract**
- **Link to the full version/or attach original document**

*Please provide information on the impact of **CJEU/ECHR judgements** on national policy*

Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH) **Entscheidungsdatum:** 23. Jänner 2018 **Titel:** Beurteilung über das Vorliegen einer innerstaatlichen Fluchtalternative **Geschäftszahl:** Ra 2018/18/0001-5 **Zusammenfassung:** In der Entscheidung zu Ra 2018/18/0001-5 vom 23. Jänner 2018 befasste sich der VwGH aufgrund eines Rechtsmittels einer asylwerbenden Person mit der Frage, ob die afghanische Hauptstadt Kabul als innerstaatliche Fluchtalternative in Betracht komme. Dazu hielt der VwGH fest, dass zu klären sei, ob der asylwerbenden Person in einem Teil ihres Herkunftsstaates Schutz vor asylrechtlich relevanter Verfolgung und vor Bedingungen, die subsidiären Schutz rechtfertigten, gegeben sei und ob der asylwerbenden Person der Aufenthalt in diesem Gebiet zugemutet werden könne. Um von einer zumutbaren innerstaatlichen Fluchtalternative sprechen zu können, reiche das bloße Fehlen von Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung nicht aus. Es müsse vielmehr möglich sein, im Gebiet der innerstaatlichen Fluchtalternative nach allfälligen anfänglichen Schwierigkeiten Fuß zu fassen und dort ein Leben ohne unbillige Härten zu führen, wie es auch andere Landsleute führen könnten. Ob dies der Fall sei, erfordere eine Beurteilung der allgemeinen Gegebenheiten im Herkunftsstaat und der persönlichen Umstände der asylwerbenden Person. Es handle sich daher um eine Entscheidung im Einzelfall. **Link zur Gesamtfassung:** Siehe Fußnote.[82]
Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH) **Entscheidungsdatum:** 5. April 2018 **Titel:** Zuständigkeit nach Dublin III-Verordnung bei kurzfristiger freiwilliger Ausreise in einen Drittstaat **Geschäftszahl:** Ra 2017/19/01699 **Zusammenfassung:** Aufgrund eines Rechtsmittels des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl hielt der VwGH mit Entscheidung zu Ra 2017/19/0169-9 vom 5. April 2018 fest, dass nach Art. 13 Abs. 1 Dublin III-Verordnung (Nr. 604/2013)[83] jener Mitgliedstaat zur Prüfung eines Antrages auf internationalen Schutz zuständig sei, dessen Grenze die antragstellende Person aus einem Drittstaat irregulär überschreitet. Das gelte auch dann, wenn diese Person in diesem

[82] VwGH, 23. Jänner 2018, Ra 2018/18/00015.

[83] Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), 29. Juni 2013, ABl. 2013 L 180/31-180/59.

Mitgliedstaat keinen Antrag auf internationalen Schutz stellt, sondern ein solcher Antrag nach kurzfristiger freiwilliger Ausreise in einen Drittstaat erst in einem anderen Mitgliedstaat gestellt werde. Die aufgrund Art. 13 Abs. 1 Dublin III-Verordnung gegebene Zuständigkeit erlösche auch im Fall einer kurzfristigen Ausreise (aus dem Gebiet der EU) nicht. Im konkreten Fall war eine Person über die Islamische Republik Iran und die Türkei nach Bulgarien gereist. Dort betrat sie erstmals das Gebiet der EU. Nach einem zweiwöchigen Aufenthalt in Bulgarien gelangte sie über Serbien nach Ungarn und von dort nach Österreich. Diese Person stellte weder in Bulgarien noch in Ungarn einen Antrag auf internationalen Schutz, erst in Österreich wurde ein entsprechender Antrag gestellt. Der VwGH kam zu der Auffassung, dass Bulgarien zuständig sei. **Link zur Gesamtfassung:** Siehe Fußnote.[84]
Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH) **Entscheidungsdatum**: 26. April 2018 **Titel:** Schubhaft in Dublin-Konstellationen **Geschäftszahl**: Ro 2017/21/0010 **Zusammenfassung:** Im gegenständlichen Fall wurde über einen Asylwerber Schubhaft zur Sicherung des Dublin-Verfahrens verhängt. Der Asylwerber erhob gegen den zurückweisenden Bescheid gemäß § 5 Asylgesetz 2005 (AsylG 2005)[85] Beschwerde, die vom Bundesverwaltungsgericht (BVwG) abgewiesen wurde, wonach der Asylwerber eine Schubhaftbeschwerde erhob. Im Schubhaftverfahren stellte sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Sechswochenfrist gemäß Art. 28 Abs. 3 Dublin III-Verordnung beginnt, wenn der Asylwerber gegen einen negativen Dublin-Bescheid Beschwerde erhebt, der das BVwG die aufschiebende Wirkung nicht zuerkannt hat. Aus der Entscheidung des VwGH folgte letztlich, dass in diesem Fall die Sechswochenfrist, nach deren Ablauf die Schubhaft nicht mehr aufrechterhalten werden darf, mit dem Wegfall des Durchführungsaufschubes gemäß § 16 Abs. 4 BFA-Verfahrensgesetz[86] – und nicht mehr ab der Zustimmung des ersuchten Dublin-Staates – zu berechnen ist. Dies gilt sowohl für AsylwerberInnen, als auch für „bloße“ Drittstaatsangehörige, die der Dublin III-VO unterliegen (§ 5 AsylG 2005 iVm § 61 Abs. 1 Z 1 FPG oder § 61 Abs. 1 Z 2 FPG alleine).[87] **Link zur Gesamtfassung:** Siehe Fußnote.[88]
Name des Gerichts: Europäischer Gerichtshof (EuGH) **Entscheidungsdatum:** 21. November 2018 **Titel:** Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/95/EU[89] – Normen für den Inhalt des internationalen Schutzes – Flüchtlingseigenschaft – Art. 29 – Sozialhilfeleistungen – Unterschiedliche Behandlung – Flüchtlinge mit befristeter Aufenthaltsberechtigung **Geschäftszahl:** C-713/17 **Zusammenfassung:** Über Vorabentscheidungsersuchen des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich war der EuGH mit der Auslegung des Art. 29 der Richtlinie 2011/95 befasst. Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl hat einem Asylwerber am 30. September 2016 den Flüchtlingsstatus zugesprochen und eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltsberechtigung als Asylberechtigter

[84] VwGH, 5. April 2018, Ra 2017/19/01699.
[85] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[86] BGBl. I Nr. 87/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[87] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019.
[88] VwGH, 26. April 2018, Ro 2017/21/0010.
[89] Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit internationalem Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABl. 2011 L 337/9.

erteilt. Am 9. März 2017 stellte der Asylberechtigte einen Antrag auf Erteilung von Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs für sich und seine Familie. Mit einem am 10. April 2017 zugestellten Bescheid erkannte ihm die Bezirkshauptmannschaft Linz-Land eine Hilfe in Form monatlicher Geldleistungen, bestehend aus einer Basisleistung und einem vorläufigen Steigerungsbetrag zu. In diesem Bescheid hieß es, dass der Asylberechtigte als Inhaber einer befristeten Aufenthaltsberechtigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur Anspruch auf die Zahlung einer niedrigeren bedarfsorientierten Mindestsicherung habe. Am 3. Juni 2017 erhob der Asylberechtigte eine gegen diesen Bescheid gerichtete Beschwerde, wobei er u. a. geltend machte, die in diesen Rechtsvorschriften vorgesehene ungünstigere Behandlung von Flüchtlingen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht sei mit dem Unionsrecht unvereinbar. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich führte dazu aus, dass diese Gruppe von Flüchtlingen im Bereich der Sozialhilfe den subsidiär Schutzberechtigten gleichgestellt werde. Nur Flüchtlinge mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht seien Inländern gleichgestellt. In seiner Entscheidung führte der EuGH im Hinblick auf Art. 29 der Richtlinie aus, dass Flüchtlinge, denen ein befristeter Aufenthaltstitel erteilt wurde, Sozialleistungen in gleicher Höhe erhalten müssten wie die Staatsangehörigen des Mitgliedstaats, der ihnen den Flüchtlingsstatus zuerkannt hat. Die oberösterreichische Gesetzeslage sei mit Art. 29 der genannten Richtlinie nicht in Einklang zu bringen.
Link zur Gesamtfassung: Siehe Fußnote.[90]

[90] Gerichtshof der Europäischen Union, 21. November 2018, *Ahmad Shah Ayubi gegen Bezirkshauptmannschaft Linz-Land*, C-713/17.

3 UNACCOMPANIED MINORS AND OTHER VULNERABLE GROUPS

3.1 Unaccompanied minors applying for asylum

Were there any new developments at national level in 2018 in relation to unaccompanied minors (UAMs) who were applying for asylum using the specific headings outlined below ? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Increase/Decrease of human resources and/or training of staff;	
Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl führte 2018 zwei Schulungen unter dem Titel „Einvernahme Minderjähriger“ mit gesamt 32 TeilnehmerInnen durch.[91]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Improvement of protection and care of UAMs, including reception facilities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Legal guardianship and foster care;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Age assessment;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
f) Provision of information (info material, e.g. videos, leaflets, booklets etc.);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[91] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019.

3.2 Other vulnerable groups applying for asylum

Were there any new developments at national level in relation to other vulnerable groups[92] applying for asylum in 2018? Y/N.

Other vulnerable groups include minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation, following the specific headings outlined below.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) **Measures clarifying the definition of vulnerable groups**;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) **Special reception facilities** for vulnerable groups;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) **Identification mechanisms/referrals**;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) **Applicable procedural safeguards**;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) **Other**.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.3 Unaccompanied minors NOT applying for asylum

Were there any new developments at national level in 2018 in relation to unaccompanied minors (UAMs) NOT applying for asylum, following the specific headings outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Increase/Decrease of human resources and/or training of staff;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation

[92] Not including victims of human trafficking, as this is covered in Section 7.

Development *(Please describe)*	**Nature***
	☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Improvement of protection and care of UAMs, including reception facilities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Legal guardianship and foster care;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Age assessment;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
f) Provision of information (info material, e.g. videos, leaflets, booklets etc.);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.4 Other vulnerable groups NOT applying for asylum

Were there any **new developments at national level in 2018 in relation to other vulnerable groups NOT** applying for asylum (such as (accompanied) minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation) , following the specific headings outlined below? **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures clarifying the definition of vulnerable groups;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Special reception facilities for vulnerable groups;	

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Identification mechanisms/referrals;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Applicable procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4 INTEGRATION

4.1 Integration of third-country nationals

4.1.1 Integration through socio-economic participation

Were there any new developments to facilitate integration of third-country nationals, through socio-economic participation in 2018? Y/N.

Please note that this question is intended to capture generic integration policies. Measures targeting specific categories of third-country nationals are addressed in Section 4.2.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures to improve attainment in schooling and/or the education system and/or vocational training;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Measures to enhance language skills;	
Am 15. Juni bzw. 1. September 2018 trat eine Änderung des Schulorganisationsgesetzes in Kraft.[93] Diese sieht vor, dass SchülerInnen an allgemeinbildenden Pflichtschulen, die dem Unterricht auf Grund unzureichender Sprachkenntnisse nicht folgen können, ab dem Schuljahr 2018/19 in eigenen Deutschförderklassen unterrichtet werden (§ 8h Schulorganisationsgesetz).[94] Sobald sie dem Unterricht folgen können, verlassen sie die Deutschförderklasse und nehmen am Regelunterricht teil. Dort können sie mit sechs Zusatzstunden weiterhin gefördert werden.[95]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) startete 2018 erneut einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen des „Startpaket Deutsch & Integration“ für Deutschkursprojekte, die sich an Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr richten und auf das Erreichen des Sprachniveaus A1 sowie das Ablegen einer entsprechenden Integrationsprüfung vorbereiten.[96]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
c) Access to social security, social assistance, healthcare, housing and other basic services;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Integration into the labour market.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy

[93] BGBl. I Nr. 35/2018.

[94] BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 35/2018.

[95] Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, *Aktuelle Projekte*, verfügbar auf https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/service/schuljahr18_neues.html#heading_Deutschfoerderklassen (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[96] Österreichischer Integrationsfonds, *Deutschkurse auf Sprachniveau A1: ÖIF-Aufruf für Projektförderung*. Presseaussendung, 16. Juli 2018, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180716_OTS0060/deutschkurse-auf-sprachniveau-a1-oeif-aufruf-fuer-projektfoerderung (Zugriff am 29. Jänner 2019).

	☐ Practice/Other
e) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.1.2 Integration through civic participation

Were there any <u>new</u> developments to promote the integration of third-country nationals through civic participation in 2018? Y/N.

For instance, consider measures to increase the participation of third country nationals (both women and men) in the design and implementation of integration policies; outreach programmes, capacity-building within migrant organisations; and measures to enhance democratic participation, for example, training, civic courses on national history, political institutions and values, mentors etc.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.2 Promoting integration of specific categories of third-country nationals

Were there any <u>new</u> developments specifically targeted to facilitate integration of specific categories of third-country nationals, such as beneficiaries of international protection, family migrants, UAMs and other vulnerable groups etc. in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures to improve attainment in schooling and/or the education system and/or vocational training;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Measures to enhance language skills;	
Mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2018 (FrÄG 2018)[97] trat am 1. September 2018 eine Änderung des Asylgesetzes 2005 (AsylG 2005)[98] in Kraft. Demnach können Sprachkurse als Maßnahme der Integrationshilfe nicht nur Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten gewährt werden sondern – nach Maßgabe vorhandener finanzieller und organisatorischer Ressourcen – auch AsylwerberInnen, sofern diese zum Verfahren zugelassen sind, ihre Identität geklärt ist und die Zuerkennung des internationalen Schutzes sehr wahrscheinlich	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[97] BGBl. I Nr. 56/2018.
[98] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

ist (§ 68 Abs. 1 AsylG 2005). Bei welchen Herkunftsstaaten die Wahrscheinlichkeit der Anerkennung besonders hoch ist wird anhand der Asylstatistik aus dem Vorjahr bestimmt (§ 68 Abs. 1a AsylG 2005).	
c) Access to social security, social assistance, healthcare, housing and other basic services;	
Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) führte gemeinsam mit dem ÖIF im Rahmen der Aktion der Vereinten Nationen „16 Tage gegen Gewalt an Frauen" vom 25. November bis 10. Dezember zahlreiche Aktivitäten durch, um über Initiativen in diesem Bereich zu informieren und Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen zu schaffen.[99]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Mit 1. Dezember 2018 trat das Abkommen über soziale Sicherheit mit Albanien in Kraft.[100]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Integration into the labour market;	
Im Jahr 2018 lag der Akzent auf Maßnahmen zur rascheren Arbeitsmarktintegration arbeitsloser Asylberechtigter sowie zur Höherqualifizierung von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss; sie erhielten Beratung und Betreuung für ihren Weg in eine Ausbildung bzw. Beschäftigung sowie Deutschkurse vor allem ab dem Sprachniveau A2. Kompetenzzentren zur beruflichen Anerkennung unterstützen diese Personengruppen bei der Anerkennung bzw. Nostrifikation vorhandener Ausbildungen. Bei Jugendlichen lag der Fokus auf der Vorbereitung und der Vermittlung in Lehrstellen mit einem Schwerpunkt auf die überregionale Vermittlung beispielsweise in Tourismusberufe bzw. in die Saisonarbeit.[101]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
e) Other.	
Für das BMEIA zählt die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund zu den Schwerpunktthemen.[102] Der vom unabhängigen Expertenrat für Integration erstellte Integrationsbericht 2018[103] legt den Fokus ebenfalls auf dieses Thema. Anlässlich der Eröffnung der Sitzung des zweimal jährlich im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres tagenden Integrationsbeirates am 29. November 2018 sagte die Ministerin zu, das Integrationsangebot für Frauen weiter auszubauen.[104]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[99] Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Gewalt gegen Frauen beschäftigt uns auch mitten in Österreich"*. Presseaussendung, Wien, 25. November 2018, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/karin-kneissl-gewalt-gegen-frauen-beschaeftigt-uns-auch-mitten-in-oesterreich/ (Zugriff am 29. Jänner 2018).

[100] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Abteilung V/A/1 (Grundsatzfragen und Koordination in EU-Angelegenheiten), 22. Jänner 2019.

[101] Ebd.

[102] Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Umsetzung des Integrationsgesetzes und die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sind Prioritäten der Integrationsarbeit"*. Presseaussendung, Wien, 14. September 2018, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/09/karin-kneissl-umsetzung-des-integrationsgesetzes-und-die-foerderung-der-integration-von-frauen-mit-migrationshintergrund-sind-prioritaeten-der-integrationsarbeit/ (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[103] Expertenrat für Integration, *Integrationsbericht 2018*, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2018/Integrationsbericht_2018_Zahlen__Trends_und_Analysen_-_Integration_von_Frauen_im_Fokus_stand_14_11.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[104] Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Wir stärken die Teilnahme von Frauen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft"*. Presseaussendung, Wien, 29. November 2018, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/karin-kneissl-wir-staerken-die-teilnahme-von-frauen-mit-migrationshintergrund-an-der-gesellschaft/ (Zugriff am 20. Dezember 2018).

*Please tick the appropriate box

4.3 Non-discrimination

Were there any new relevant developments in 2018 that concern promotion, implementation and monitoring of non-discrimination policies, in particular on grounds of ethnicity, race and others, as well as the intersection of several grounds for discrimination that would be particularly relevant for third-country nationals? Y/N.

Specifically mention any measures beyond those introduced through the transposition and implementation of EU legislation.[105]

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
2018 wurden in eintägigen Seminarreihen des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Zusammenarbeit mit der israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien LehrerInnen, DeutschtrainerInnen, MitarbeiterInnen in Beratungsstellen sowie LeiterInnen von Wertekursen, die in ihrer praktischen Arbeit mit antisemitischen Verhaltensweisen konfrontiert sind, geschult.[106]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

4.4 Promoting integration at local level and cooperation, consultation and coordination of local stakeholders

Were there any new relevant activities implemented by national, regional and/or local governments on the integration of third-country nationals involving the active participation of local authorities and/or civil society in 2018? Y/N.

They might include activities addressing integration challenges in disadvantaged urban areas; improving multi-level cooperation between different levels of governance (e.g. national, regional, local government) and stakeholders (e.g. civil society organisations, economic and social partners, education institutions, public employment services); granting voting rights in local elections.

If **yes**, please elaborate below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
2018 fanden im Rahmen des Projekts „WIR – Workshops für Integration und Prävention von Radikalisierung“ unter dem National Aktionsplan für Integration (NAP.I) in enger Kooperation mit interkulturellen MediatorInnen aus tschetschenischen Vereinen in Wien und Linz Seminare für junge TschetschenInnen zum Thema Identität und Heimat statt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) kofinanziert	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[105] European non-discrimination law, as constituted by the EU non-discrimination directives (Racial Equality and Employment Equality Directive), Article 21 of the EU Charter of Fundamental rights and Article 14 of and Protocol 12 to the European Convention on Human Rights, prohibits discrimination across a range of contexts and a range of grounds.

[106] Österreichischer Integrationsfonds, *ÖIF und Israelitische Kultusgemeinde: Neue Seminarreihe gegen Antisemitismus im Integrationsbereich*. Newsbeitrag, 30. August 2018, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/newsbeitrag/oeif-und-israelitische-kultusgemeinde-neue-seminarreihe-gegen-antisemitismus-im-integrationsbereich_3523/ (Zugriff am 29. Jänner 2019).

und vom Landesbüro für Österreich der Internationalen Organisation für Migration (IOM) implementiert.[107]	

**Please tick the appropriate box*

4.5 Awareness raising on migration in the hosting (Member) State

Were there any new developments aimed at raising awareness / engaging the receiving community within the (Member) State in order to enhance its understanding of the phenomenon of migration and thereby promote integration and social cohesion (information campaigns, websites, etc.) in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.6 Integration measures in the countries of origin and/or involving diaspora communities

4.6.1 Pre-departure integration measures in countries of origin

Were there any new pre-departure policies / measures taking place in the countries of origin of third-country nationals to prepare for their integration after arrival in 2018? For example, language training, vocational training, recognition of qualifications and skills. Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.6.2 Integration measures involving the diaspora communities in Member States

Were there any new integration developments involving the diaspora communities in your Member State (as a host country) in 2018? For example, activities either organised by public authorities or by diaspora communities with the government's support, to promote cultural awareness and/or integration activities for particular diaspora communities. **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[107] IOM Landesbüro für Österreich, *WIR*, verfügbar auf www.iomvienna.at/de/wir (Zugriff am 18. Jänner 2019).

5 CITIZENSHIP AND STATELESSNESS

5.1 Citizenship

5.1.1 Acquisition of citizenship

Were there any new developments in relation to the acquisition of citizenship (prerequisites and conditions) for legally residing third-country nationals in your (Member) State during 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Rahmen des Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2018 (FrÄG 2018),[108] welches mit 1. September 2018 in Kraft trat, wurde auch das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985[109] geändert. Die wesentliche Änderung besteht darin, dass Asylberechtigten erst nach 10 Jahren rechtmäßigem und ununterbrochenem Aufenthalt in Österreich die Staatsbürgerschaft verliehen werden kann (§ 11a Abs. 7 Staatsbürgerschaftsgesetz 1985; StbG). Zuvor waren es sechs Jahre.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

5.1.2 Grounds for revocation of citizenship

Were there any new developments regarding the grounds for revocation of citizenship during 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Dezember 2018 befasste sich der Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit dem Fall eines Mannes, bei dem mit Bescheid der Wiener Landesregierung festgestellt worden war, dass er die österreichische Staatsbürgerschaft gemäß § 27 Abs. 1 StbG durch den Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit verloren habe. Zunächst hatte die Wiener Landesregierung – gestützt auf eine angebliche türkische „Wählerevidenzliste“ – festgestellt, dass der Betroffene die türkische Staatsangehörigkeit wieder angenommen habe. Der Betroffene sagte dagegen aus, die türkische Staatsbürgerschaft nicht wiedererworben zu haben. Es sei ihm aber nicht möglich, dies anhand eines Auszuges aus dem türkischen Personenstandsregister zu belegen, weil dieser ausschließlich türkischen Staatsangehörigen ausgestellt werde. Nach Auffassung der Wiener Landesregierung habe der Betroffene durch die neuerliche Annahme der türkischen Staatsbürgerschaft die österreichische Staatsbürgerschaft verloren. Die vom Betroffenen gegen den Bescheid der Wiener Landesregierung erhobene Beschwerde wurde vom Verwaltungsgericht Wien als unbegründet abgewiesen und somit die ursprüngliche Entscheidung der Wiener Landesregierung bestätigt. Der VfGH stellte jedoch dazu fest, dass die angebliche türkische	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[108] BGBl. I Nr. 56/2018.
[109] BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

„Wählerevidenzliste“ kein taugliches Beweismittel für die Feststellung der Annahme einer fremden Staatsangehörigkeit darstelle. Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichts Wien, mit dem die Beschwerde des Betroffenen als unbegründet abgewiesen wurde, wurde aufgehoben, sodass das Verwaltungsgericht Wien neuerlich zu entscheiden hat.[110]	

**Please tick the appropriate box*

5.2 Statelessness

5.2.1 Statelessness determination, status and rights granted

Were there any new developments in relation to statelessness determination and status during 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Ratification of international conventions on statelessness;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) A dedicated statelessness determination procedure (SDP) or any other procedures or mechanisms by which statelessness can be identified and status determined;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Good practices;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Rights granted to recognised statelessness persons.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[110] VfGH, 11. Dezember 2018, E 3717/2018-42; VfGH, *VfGH: Mindestsicherung und Nichtraucherschutz auf Tagesordnung der Dezember-Session 2018*. Presseaussendung, Wien, 23. November 2018, verfügbar auf www.vfgh.gv.at/medien/VfGH__Mindestsicherung_und_Nichtraucher_schutz_auf_Ta.de.php (Zugriff am 20. Dezember 2018).

6 BORDERS, VISA AND SCHENGEN

6.1 Enhanced border management at the external borders

6.1.1 Border control measures/management

Were there any new developments in relation to border control measures/ management implemented during 2018? Y/N.

NB: This question only pertains to technical developments and measures taken at the external borders.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Am 23. Dezember 2018 trat eine Novelle des Grenzkontrollgesetzes[111] in Kraft. Diese sieht vor, dass der Landespolizeidirektor Bedienstete, die nicht Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind, zur Ausübung von Befehls- und Zwangsgewalt an der Außengrenze ermächtigen kann, sofern sie dafür geeignet und besonders geschult sind (§ 12b Abs. 1 Grenzkontrollgesetz).[112] Anlassfall für diese Änderung war die in den vergangenen Jahren deutlich angestiegene Anzahl der Passagiere am internationalen Flughafen Wien-Schwechat. Diese machte es notwendig, die für die dortige Grenzkontrolle zuständigen PolizistInnen zu entlasten.[113]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

6.1.2 Activities to improve the effectiveness of controls at external borders

Were there any new developments to ensure more effective control of the external borders, such as reinforcing border control staff, providing training, increasing overall resources, introducing action plans or protocols, etc. in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Rahmen des Forums Salzburg (FS)[114] fand am 14. und 15. Juni 2018 in Bukarest (Rumänien) eine FS-MinisterInnenkonferenz mit den Freunden des FS vom Westbalkan[115] statt. Im Rahmen dessen sagte Österreich den Staaten am	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[111] BGBl. I Nr. 93/2018.
[112] BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.
[113] Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Mehr Personal für Grenzkontrollen am Flughafen Wien-Schwechat*. News, 10. Dezember 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=69657A464D49306E3034383D (Zugriff am 28. Dezember 2018).
[114] Das Forum Salzburg ist eine im Jahr 2000 auf österreichische Initiative gegründete mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft mit neun Mitgliedstaaten. Dazu gehören neben Österreich auch Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (Salzburgforum, verfügbar auf www.salzburgforum.org/ (Zugriff am 30. Jänner 2019)).
[115] Zu den Freunden des Forum Salzburg vom Westbalkan gehören Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien.

Westbalkan Unterstützung bei der Stärkung der Polizeikooperation für den Außengrenzschutz zu.[116]	
Im Zuge der FS-MinisterInnenkonferenz am 28. und 29. November 2018 in Bratislava (Slowakei) wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen. Darin einigen sich die MinisterInnen über die Notwendigkeit der personellen Aufstockung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) bei gleichzeitiger Wahrung nationaler Souveränität.[117]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
2018 unterstützten österreichische PolizistInnen die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) bei verschiedenen Einsätzen. Sie wurden in unterschiedlichen Aufgabenbereichen eingesetzt, etwa zur Überwachung der grünen Grenze, der Grenzkontrolle oder der Registrierung sowie Befragung von MigrantInnen. Von den rund 245 österreichischen Polizeibediensteten des *European Border and Coast Guard Teams*, dem etwa 5.000 ExpertInnen europaweit angehören, befanden sich durchschnittlich 35 PolizistInnen pro Monat im Frontex-Einsatz. Schwerpunkte der österreichischen Entsendungen waren die ostmediterrane Route (Griechenland, Bulgarien), die zentralmediterrane Route (Italien) sowie die Westbalkanroute.[118]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

6.1.3 Reinforced cooperation with third countries in the area of border management.

Please list any 2018 agreements, and other forms of bilateral and multilateral cooperation with third countries with an objective to strengthen the operational capacity in combatting irregular migration and controlling of external borders.

Title of agreement (where relevant)	**Third country (countries) with whom the cooperation exists**	**Description** (e.g. provision of border equipment, training of border guards, etc.)
Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa (PCC SEE)	Albanien	Im Juli 2018 nahmen zwei PolizistInnen aus Österreich an der Operation DRINO 2018 an der albanisch-griechischen Grenze teil. Dabei handelt es sich um eine internationale Kooperation zur Bekämpfung irregulärer Migration. Zu den teilnehmenden Staaten gehören Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Montenegro, die Republik Moldau, Serbien und Slowenien sowie Europol und Frontex. Durch die Zusammenarbeit konnten Erkenntnisse

[116] Bundesministerium für Inneres, *Kickl bei "Forum Salzburg"-Ministerkonferenz: Kontrolle der Balkanroute hat weiterhin hohe Priorität*. News, 15. Juni 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=58396142557475427 2534D3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[117] Bundesministerium für Inneres, *Generalsekretär Goldgruber bei Ministerkonferenz in Bratislava*. News, 3. Dezember 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=716254507851734B32306F3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[118] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

		über Herkunfts-länder und die Balkanroute gewonnen werden.[119]
Statusvereinbarung für eine stärkere Rolle der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)	Albanien	Die rasche Entsendung von europäischen Grenz- und Küstenwacheteams zur gemeinsamen Grenzsicherung wird durch die im Oktober 2018 von Österreich (seitens der EU) und Albanien unterzeichnete Statusvereinbarung ermöglicht.[120]
	die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	20 österreichische sekundierte Exekutiv-beamtInnen unterstützten 2018 ganzjährig PolizeibeamtInnen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bei der Überwachung der Grenze zu Griechenland.[121]
European Union Border Assistance Mission (EUBAM)	Libyen	Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für Inneres berät und unterstützt das libysche Innenministerium bei strukturellen und personellen Reformen des Sicherheitsapparats.[122]
	Serbien	Am 27. September 2018 endete der seit Jänner 2017 durchgeführte Einsatz zur Unterstützung der serbischen Einsatzkräfte bei der Überwachung der serbisch-bulgarischen Grenze, an dem anfangs 20 und dann 10 Polizeibedienstete beteiligt waren.[123]

If information is available, please describe any evidence of the effectiveness of these measures

6.2 Visa Policy

Were there any <u>new</u> developments in relation to the implementation of the Visa Code and the Visa Information System (VIS) or any other Visa related developments, in particular in

[119] Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, *Polizisten aus Österreich unterstützen bei Grenzschutz.* News, 6. August 2018, verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at/news.aspx?id=654A4151714B54595956593D (Zugriff am 20. Dezember 2018); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

[120] Bundesministerium für Inneres, *Kickl: EU muss Zusammenarbeit mit Westbalkan stärken - Frontex-Vereinbarung unterzeichet [sic!]*. News, 6. Oktober 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=434D4761706870656E6C383D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[121] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

[122] Bundesministerium für Inneres, *Unterstützung für libysches Innenministerium*. News, 2. Februar 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=2B4D74396261417966426B3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[123] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

relation to cooperation between (Member) States' consulates and the set-up of joint consular services for visas in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Jahr 2018 wurden eine Anzahl von Anhängen zu Vereinbarungen über die gegenseitige Vertretung im Verfahren der Visumerteilung abgeändert: • Mit Wirkung vom 16. Jänner 2018 sind Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft durch Notenwechsel übereingekommen, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft Österreich am Dienstort Khartum bei Visumsanträgen von InhaberInnen sudanesischer Diplomaten- und Dienstpässe vertritt.[124] • Mit Wirkung vom 1. Juni 2018 sind Österreich und Tschechien durch Notenwechsel übereingekommen, dass Tschechien Österreich am Dienstort Bagdad zusätzlich auch bei Visumsanträgen irakischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichen Reisepässen, die auf Einladung einer in Wien ansässigen internationalen Organisation reisen, vertritt, sofern die genannten Anträge nicht mehr als 30 Stück pro Jahr ausmachen.[125] • Mit Wirkung vom 1. Juni 2018 kamen Österreich und Deutschland durch Notenwechsel überein, den Dienstort Kabul aus der Liste der Orte, an denen Deutschland Österreich vertritt, zu streichen.[126] • Mit Wirkung vom 1. Juni 2018 haben Österreich und Malta durch Notenwechsel den Dienstort Teheran aus dem Anhang gestrichen.[127] • Mit Wirkung vom 1. Juli 2018 sind Österreich und Ungarn durch Notenwechsel übereingekommen, den Dienstort Addis Abeba aus dem Anhang zu streichen.[128] • Mit Wirkung vom 1. August 2018 haben Österreich und Malta durch Notenwechsel auch den Dienstort Caracas aus dem Anhang gestrichen.[129] • Mit Wirkung vom 1. August 2018 haben Österreich und Lettland durch Notenwechsel den Dienstort Caracas aus dem Anhang gestrichen.[130] • Mit Wirkung vom 1. August 2018 wurde der Dienstort Caracas auch durch einen Notenwechsel zwischen Österreich und Slowenien aus dem Anhang gestrichen.[131] • Mit Wirkung vom 1. September 2018 sind Österreich und Liechtenstein übereingekommen, dass Österreich Liechtenstein auch in Neu-Delhi (für Anträge, die im Wege des externen Dienstleisters in Thimphu/Bhutan gestellt werden) und Canberra (für Antrage, die im Wege des externen Dienstleisters in Adelaide, Brisbane, Canberra, Melbourne, Perth und Sydney gestellt werden) vertritt.[132]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

[124] BGBl. III Nr. 20/2018.
[125] BGBl. III Nr. 87/2018.
[126] BGBl. III Nr. 86/2018.
[127] BGBl. III Nr. 85/2018.
[128] BGBl. III Nr. 102/2018.
[129] BGBl. III Nr. 144/2018.
[130] BGBl. III Nr. 153/2018.
[131] BGBl. III Nr. 202/2018.
[132] BGBl. III Nr. 143/2018.

• Mit Wirkung vom 1. November sind Österreich und Slowenien durch Notenwechsel übereingekommen auch den Dienstort Senegal aus dem Anhang zu streichen.[133] • Mit Wirkung vom 1. Dezember 2018 haben Österreich und Slowenien auch den Dienstort Teheran aus dem Anhang gestrichen.[134]	

**Please tick the appropriate box*

6.3 Schengen governance

Were there any new developments in relation to Schengen governance during 2018? Y/N

Where relevant, please include any (planned) actions in relation to the new Schengen acquis, temporary suspension of Schengen, etc.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Am 1. Februar 2018 trat eine Vereinbarung zwischen Österreich und Deutschland über die Zusammenarbeit im gemeinsamen Zentrum Passau in Kraft. Das Zentrum soll dazu dienen, die Zusammenarbeit der zuständigen Polizeibehörden bei der Kriminalitätsbekämpfung, beim Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bei der Bekämpfung der irregulären Migration zu vertiefen. Die Zusammenarbeit umfasst unter anderem die gegenseitige Unterstützung bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen.[135]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Im Mai 2018 veranlasste der Bundesminister für Inneres per Verordnung gemäß § 10 Abs. 2 Grenzkontrollgesetz[136] die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Slowenien und Ungarn. Die vorübergehenden Grenzkontrollen galten zunächst bis 11. November 2018.[137] Anfang November wurden mit einer weiteren Verordnung vorübergehende Grenzkontrollen bis 12. Mai 2019 eingeführt.[138]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Mit 1. Juni 2018 wurde die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Deutschland verstärkt. Vereinbart wurden gemeinsame Schwerpunktaktionen, Personenzugkontrollen sowie Kontrollen von Güterzügen im Grenzgebiet.[139]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[133] BGBl. III Nr. 202/2018.
[134] BGBl. III Nr.210/2018.
[135] BGBl. III Nr. 18/2018.
[136] BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.
[137] BGBl. II Nr. 98/2018.
[138] BGBl. II Nr. 274/2018.
[139] Bundesministerium für Inneres, *Verstärkte grenzpolizeiliche Zusammenarbeit im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet*. News, 29. Mai 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=496970466B786B757857593D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

7 IRREGULAR MIGRATION INCLUDING MIGRANT SMUGGLING

7.1 Preventing and tackling of misuse of legal migration channels

7.1.1 Irregular migration as a result of visa liberalisation

Were there any new developments introduced in 2018 to prevent irregular migration as a result of visa liberalisation? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.1 Effects of visa free regimes

Were there any new developments to monitor the effects of visa free regimes in your (Member) State in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.2 Key findings of monitoring activities

Please describe the results/key findings of these monitoring activities – especially in relation to impact on the number unfounded asylum applications registered in your (Member) State.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

7.1.2 Irregular migration as a result of misuse of legal migration channels

7.1.2.1 Misuse of legal migration channels by third-country national workers

Were there any new developments in 2018 to tackle misuse of legal migration channels by third-country national workers? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

7.1.2.2 Misuse of legal migration channels by third-country national students and researchers

Were there any new developments in 2018 to tackle misuse of legal migration channels by third-country national students and researchers? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

7.1.2.3 Misuse of family reunification migration channels

Were there any new developments in 2018 to tackle misuse of family reunification migration channels? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

7.1.3 False travel documents

Were there any new developments in 2018 to prevent, identify and/or investigate fraudulent acquisition and use of false travel documents? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

7.1.4 Irregular migration caused by the misuse of free movement rights by third-country nationals and preventing the fraudulent acquisition and use of free movement rights by third-country nationals

Were there any new developments in 2018 to prevent the fraud and misuse of free movement rights? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.2 The fight against facilitation of irregular migration ('smuggling') and prevention of irregular stay

7.2.1 Combatting facilitation of irregular migration (smuggling)

Were there any <u>new</u> developments aimed at preventing and combatting facilitation of irregular migration (smuggling), including facilitation of unauthorised entry in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Zuge eines Sondertreffens der InnenministerInnen in Sarajewo (Bosnien und Herzegowina) am 7. Juni 2018 wurde eine Task Force Balkan gegründet. Das *Joint Operational Office* (JOO) im Bundeskriminalamt koordiniert den Informations- und Datenaustausch zwischen den teilnehmenden Staaten des Balkans sowie Deutschland, Italien und Österreich. Ziel ist es, die Bekämpfung der Schlepperei auf den unterschiedlichen Balkanrouten zu intensivieren.[140]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft (siehe 7.2.2) veranstaltete das JOO im Bundeskriminalamt eine internationale Konferenz zum Thema bewährte Praktiken in der Bekämpfung der Schlepperei und des Menschenhandels. Zu den TeilnehmerInnen zählten ExpertInnen der EU-Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission, von Eurojust, Europol, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), Interpol und aus 20 Drittstaaten.[141] Die teilnehmenden Staaten haben sich zu einer vertieften Zusammenarbeit bei der Schleppereibekämpfung und der Bekämpfung des Menschenhandels bereiterklärt. Darüber hinaus wurde der Informationsaustausch intensiviert.[142]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
2018 hat das JOO des Bundeskriminalamts mit der Umsetzung des Projekts SILK ROAD begonnen. Ziel ist es, irreguläre Migration und Schlepperei auf der Seidenstraße zu bekämpfen. Zu Beginn werden vertrauensbildende Maßnahmen aufgebaut, die in weiterer Folge zu einer kriminalpolizeilichen Ermittlungs-zusammenarbeit führen sollen. Partner des Projekts sind Bulgarien, Interpol und Ungarn. Projektzielländer sind Afghanistan, die Islamische Republik Iran, Pakistan und die Türkei.[143]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.2.2 Prevention of irregular migration

Were there any <u>new</u> developments responding to the objective of prevention of irregular migration from third countries of origin and transit (information campaigns, websites, projects

[140] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.
[141] Ebd.
[142] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 25. Jänner 2019.
[143] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019 bzw. 25. Jänner 2019.

with grass-roots NGOs or involving the diaspora, etc., with the exception of cooperation activities with third countries to be reported in section 7.2.4) in 2018? **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Österreich hatte den Vorsitz im Rat der Europäischen Union vom 1. Juli bis 31. Dezember 2018 inne. Im Sinne des Mottos des österreichischen EU-Ratsvorsitzes "Ein Europa, das schützt" stellte Österreich die Schutzfunktion der EU in drei Schwerpunktbereichen seines Programms in den Vordergrund. Der erste Schwerpunkt betraf den Bereich Migration und lautete „Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration". Hierbei ging es vor allem um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die Ausrichtung und die Verstärkung von Frontex und eine stärkere Zusammenarbeit mit Drittstaaten.[144]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
Österreich beteiligte sich im Ausmaß von EUR 35.000 an der von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführten Informationskampagne „Aware Migrants"[145] zur Unterstützung des regionalen Schutz- und Entwicklungsprogramms Nordafrika. Die damit unterstützen 84 TV-Werbespots wurden im Februar und März 2018 mit dem Ziel, potenzielle MigrantInnen über die Risiken der irregulären Migration zu informieren, ausgestrahlt.[146]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im April 2018 startete Österreich auf einer MinisterInnenkonferenz in Wien den sogenannten Wiener Prozess auf politischer Ebene. In diesem neuen Format werden traditionelle mitteleuropäische Partner aus dem Forum Salzburg (siehe 6.1.2) mit früheren und künftigen EU-Vorsitzländern vernetzt. Es wurde eine Deklaration zur engen Kooperation in folgenden fünf Bereichen verabschiedet: 1) Stärkung des EU-Außengrenzschutzes; 2) Schaffung eines krisenfesten EU-Asylsystems; 3) dem gewaltsamen Extremismus und Terrorismus den Nährboden entziehen; 4) Stärkung der europäischen Polizeikooperation, insbesondere zur Bekämpfung von Menschenhandel und Schlepperei sowie *Community Policing*; 5) Gewährleistung der digitalen Sicherheit.[147]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
Mit 1. September 2018 wurde in jeder Landespolizeidirektion eine fremden- und grenzpolizeiliche Einheit (FGE) mit der Bezeichnung Puma eingerichtet. Zu ihren Aufgaben zählen die Kontrolle, ob sich Fremde rechtmäßig in Österreich aufhalten oder rechtmäßig beschäftigt sind, die Bearbeitung von Asylanträgen, die Durchführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen und bei Bedarf auch an den internationalen Flughäfen sowie die Teilnahme an grenzüberschreitenden Kontrollen mit Polizeikräften benachbarter Staaten.[148]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[144] Bundeskanzleramt Österreich, *Programm des österreichischen Ratsvorsitzes*, S. 7–8, verfügbar auf www.eu2018.at/dam/jcr:b5dd3521-d93b-4dbc-8378-1d1a6a7f99cf/Programm%20des%20%C3%B6sterreichischen%20Ratsvorsitzes.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[145] Aware Migrants, verfügbar auf http://awaremigrants.org/ (Zugriff am 29. Jänner 2019).

[146] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/8 (Asyl), 24. Jänner 2019.

[147] Bundesministerium für Inneres, *Innenminister Herbert Kickl startet "Wiener Prozess"*. News, 13. April 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=43734E44463148575A2B633D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[148] Bundesministerium für Inneres (Hg.), Streifen und kontrollieren. In: Bundesministerium für Inneres (Hg.), *Öffentliche Sicherheit 9-10/18*, S. 29 verfügbar auf www.bmi.gv.at/magazinfiles/2018/09_10/puma.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

7.2.3 Prevention of irregular stay

Were there any new developments aimed at preventing irregular stay and combatting facilitation of irregular stay, including disincentives and sanctions in 2018? Y/N.

Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018),[149] welches mit 1. September 2018 in Kraft trat, wurde auch das Fremdenpolizeigesetz 2005 (FPG)[150] geändert. Dieses legt nun unter anderem fest, dass Personen, die trotz eines rechtskräftigen Einreise- oder Aufenthaltsverbots unrechtmäßig nach Österreich einreisen oder sich trotz eines solchen Verbots unrechtmäßig in Österreich aufhalten, mit einer Verwaltungsstrafe zu belegen sind. Demnach kann eine Geldstrafe zwischen EUR 5.000 und EUR 15.000 oder eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen verhängt werden (§ 120 Abs. 1c FPG). Zuvor galt bereits eine Verwaltungsstrafe für eine unrechtmäßige Einreise, einen unrechtmäßigen Aufenthalt und die Missachtung von Rückkehrentscheidungen und Einreiseverboten in Form einer Geldstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe (siehe § 120 Abs. 1 bis 1c FPG).[151]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.2.4 Cooperation with third countries to prevent irregular migration

Were there any specific cooperation activities developed in 2018 in your (Member) State to prevent irregular migration in relation to the specific regions outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below.

a) The Western and Southern Mediterranean countries (i.e. Algeria, Egypt, Israel, Jordan, Lebanon, Libya, Morocco, Mauritania, Palestinian territories, Syrian Arab Republic and Tunisia); Im Jahr 2018 wurde die neue VerbindungsbeamtInnen-Destination Tunesien eröffnet.[152] Am 14. September 2018 war die MinisterInnenkonferenz „Sicherheit und Migration – Förderung von Partnerschaft und Resilienz“, die im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes stattfand, der Kooperation mit afrikanischen PartnerInnen gewidmet. Es nahmen unter anderem der tunesische Innenminister sowie der Innenminister des Tschad teil (siehe auch 7.2.4 c).[153]
b) The Eastern Partnership countries (i.e. Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Republic of Moldova and Ukraine); DokumentenberaterInnen des Bundesministeriums für Inneres (BMI) führten 2018 mehrere Schulungen zur Erkennung von gefälschten oder verfälschten Dokumenten sowie zur

[149] BGBl. I Nr. 56/2018.
[150] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[151] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2017.
[152] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationale Angelegenheiten), 21. Jänner 2019.
[153] Österreichischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union, *Konferenz zu Sicherheit und Migration – Förderung von Partnerschaft und Resilienz*, verfügbar auf www.eu2018.at/de/calendar-events/political-events/BMI-2018-09-13-Security-Partnership.html (Zugriff am 30. Jänner 2019); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationale Angelegenheiten), 21. Jänner 2019.

Personenverifizierung durch. In Georgien wurden innerhalb von vier Wochen in acht Kursen zu je zweieinhalb Tagen insgesamt 133 Bedienstete der georgischen *Patrol Police* (Passkontrolle) im Rahmen von Basistrainings geschult. Darüber hinaus fanden einwöchige Fortbildungskurse inklusive praktischer Übungen für bereits erfahrene GrenzbeamtInnen in der Ukraine und in Kasachstan statt.[154]
c) The Western Balkans countries (i.e. Albania, Bosnia and Herzegovina, Kosovo,[155] the former Yugoslav Republic of Macedonia, Montenegro and Serbia); Anlässlich der MinisterInnenkonferenz „Sicherheit und Migration – Förderung von Partnerschaft und Resilienz“, die am 13. und 14. September 2018 im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes stattfand, unterzeichneten vier Westbalkanstaaten (Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien), die Republik Moldau und vier EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Österreich) ein Übereinkommen sowie ein entsprechendes Durchführungsübereinkommen und ein *Memorandum of Understanding* zum automatisierten Datenaustausch.[156] Die beschlossenen Abkommen ermöglichen den automatisierten Austausch von DNA-, daktyloskopischen und Fahrzeugregisterdaten. Österreich wird Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien bei der technischen Umsetzung begleiten.[157] Österreichische DokumentenberaterInnen wurden vom BMI für Schulungen im Bereich der Dokumentensicherheit nach Albanien, in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und nach Montenegro entsendet. Dabei handelte es sich um Basistrainings.[158] Siehe auch Abschnitt 7.2.1.
d) Countries in the African Atlantic coast (e.g. Gambia, Ghana, Nigeria, Democratic Republic of Congo, Côte d'Ivoire, etc.). Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

7.2.5 Monitoring and identifying irregular migration routes

Were there any new developments with regard to identifying, monitoring and aggregating information on irregular migration routes in 2018? Y/N

If yes, please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Please explain how this information is used to develop your (Member) State's response to migratory flows.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Der *Lagebericht Schlepperei 2017* wurde im Juli 2018 vom Bundeskriminalamt veröffentlicht. Der Bericht zeigt, basierend auf Daten von geführten Amtshandlungen, einen erneuten Rückgang der Anzahl der aufgegriffenen SchlepperInnen und geschleppten Personen im Jahr 2017. Für 2018 rechnet der	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[154] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

[155] References to Kosovo shall be understood to be in the context of United Nations Security Council resolution 1244 (1999).

[156] Bosnien und Herzegowina sowie Slowenien werden den Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt beitreten.

[157] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationale Angelegenheiten), 24. Jänner 2019; T.H., Zusammenarbeit in Südosteuropa. In: Bundesministerium für Inneres (Hg.), *Öffentliche Sicherheit 11–12/18*, S. 68, verfügbar auf www.bmi.gv.at/magazinfiles/2018/11_12/polizeikooperation.pdf (Zugriff am 27. Dezember 2018).

[158] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

Bericht mit einer rückläufigen irregulären Migration aus dem Irak und der Arabischen Republik Syrien sowie mit einer weiter anhaltenden Zuwanderung aus Pakistan und Nordafrika.[159]	
Im Rahmen der im Bundesministerium für Inneres (BMI) regelmäßig stattfindenden Situationsbewertungen und insbesondere der im Juni 2018 eingerichteten Task Force Migration[160] werden wöchentlich Informationen über Migrationsbewegungen ausgetauscht, Maßnahmen abgestimmt und dem Ministerrat Bericht erstattet. Im November 2018 lag ein besonderes Augenmerk auf der Beobachtung der Grenze zwischen Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Sollte es MigrantInnen gelingen, die Grenze zu überwinden, drohe eine Sogwirkung und eine Bewegung Richtung Österreich, so die Befürchtung des BMI.[161]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im BMI wurde das Steuermodell Gesamtsteuerung Asyl- und Fremdenwesen (GAF) eingerichtet, um Ursachen- und Wirkungszusammenhänge in den Bereichen Asyl-, Grundversorgungs-, Integrations-, Fremden- und Grenzwesen sowie Sicherheitspolizei zu vernetzen und zu analysieren. Das GAF besteht aus einer Analyse- und einer Steuerungsgruppe. Im Rahmen von Analysesitzungen bringen VertreterInnen der verschiedenen Organisationen und Fachabteilungen Informationen ein und vernetzten diese mit Informationen aus dem internationalen Bereich. Dabei wird ein umfassendes Lagebild mit Kennzahlen erstellt (ein sogenanntes Masterdokument), Vorschläge zu Handlungs-alternativen erarbeitet und Umsetzungsergebnisse evaluiert. Die Ergebnisse der Analysegruppe werden der Steuerungsgruppe vorgelegt. Diese erarbeitet eine gemeinsame Strategie und berät die entsprechenden Ressortleitungen. Die nachgeordneten Behörden, Organisationseinheiten und Dienststellen werden mit Umsetzungsmaßnahmen auf Basis akkordierter Zielsetzungen beauftragt. GAF wurde auch in den Bundesländern als „GAF regional“ eingeführt, wo ebenfalls die zuständigen Organisationseinheiten mit grenz- und fremdenpolizeilichen Informationen vernetzt zusammenarbeiten. Ziel ist es, nach dem Vorbild des GAF im BMI, detaillierte regionale Analysen samt abgestimmter Maßnahmen zu erstellen. [162]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Order
Im November 2018 trafen sich in Wien VertreterInnen des deutschen Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration (GASIM), des Schweizer Staatsekretariats für Migration (SEM) und des Referats III/5/b (Gesamtsteuerung Asyl- und Fremdenwesen) des BMI, um sich über aktuelle Migrationstrends auszutauschen. Im Fokus der Gespräche stand die Verschiebung der Migrationsrouten hin zur westlichen und östlichen Mittelmeerroute sowie Sekundärmigration von AsylwerberInnen innerhalb der EU.[163]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[159] Bundeskriminalamt, *Lagebericht Schlepperei 2017*, S. 6 und 16, verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at/304/files/Schlepperei_17_web_082018.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[160] Die Task Force Migration steht unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres und besteht aus VertreterInnen des Kanzleramtes, des Verteidigungs-, Außen-, Verkehrs- und Justizministeriums.

[161] Bundesministerium für Inneres, *Migrationslage am Westbalkan weiter angespannt, aber unter Kontrolle*. News, 8. November 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=413665775A4C367369736F3D (Zugriff am 20. Dezember 2018); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

[162] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

[163] Bundesministerium für Inneres, *Treffen von Migrationsexperten in Wien*. News, 27. November 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=474856377979593578476 73D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

Das nationale Koordinierungszentrum (NCC) Eurosur ist in Österreich die zentrale Kontaktstelle für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Koordinierungszentren und mit Frontex. 2018 bestand die Hauptaufgabe des NCC in der Speicherung der nationalen Daten in Eurosur und JORA sowie in der Verarbeitung der nationalen und internationalen Migrationslage in täglichen und wöchentlichen Berichten, welche den im strategischen und operativen Bereich tätigen Führungskräften als Informations- und Entscheidungsgrundlagen dienen.[164]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Siehe auch 6.1.3 (PCC SEE).	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[164] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 25. Jänner 2019.

8 TRAFFICKING IN HUMAN BEINGS

This Section should be completed in the context of the "EU Strategy towards the Eradication of Trafficking in Human Beings (2012-2016)" and related Communication[165]. You should liaise with your National Rapporteur on Trafficking in Human Beings or Equivalent Mechanism (NREMs).

Please note that the scope of this section refers only to third-country national victims of trafficking.

NREMs share information with the Commission (via the informal EU Network of NREMs) on a biannual basis on developments relevant to their national legal and policy framework. This information can be used for this reporting exercise too. All information is uploaded accordingly to the EU Anti-Trafficking Website under the section of national pages.[166]

8.1 National strategic policy developments

Were there any new developments or actions regarding the prevention and/or the fight against trafficking in human beings of third-country nationals (e.g. national action plans or national strategies introduced during 2018)? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
In der Sitzung des Ministerrates am 10. Oktober 2018 wurde der österreichische Umsetzungsbericht des vierten Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Bekämpfung des Menschenhandels (2015–2017) gemeinsam mit dem neuen, fünften NAP (2018–2020) im Sinne des Antrags beschlossen.[167] Der neue NAP soll u.a. den veränderten Gegebenheiten seit der Zuwanderung im Jahr 2015 Rechnung tragen.[168]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
Im November 2018 veröffentlichte das Bundeskriminalamt den *Lagebericht Menschenhandel und grenzüberschreitender Prostitutionshandel* 2017. Der Bericht zeigt, dass im Jahr 2017 die sexuelle Ausbeutung mit über 70 Prozent der abgeschlossenen polizeilichen Ermittlungsverfahren die häufigste Form des Menschenhandels war. Bei 57 Prozent der Betroffenen im Bereich der sexuellen Ausbeutung handelte es sich um Drittstaatsangehörige, vor allem aus China und Nigeria.[169]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[165] European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Reporting on the follow-up to the EU Strategy towards the Eradication of trafficking in human beings and identifying further concrete actions, COM(2017), 728 Final, available at https://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/20171204_communication_reporting_on_follow-up_to_the_eu_strategy_towards_the_eradication_of_trafficking_in_human_beings.pdf (accessed on 20 December 2018).

[166] European Commission, Together against Trafficking in Human Beings, *Member States*, available at https://ec.europa.eu/anti-trafficking/member-states (accessed on 20 December 2018).

[167] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.

[168] Republik Österreich Parlament, *III-216 der Beilagen XXVI. GP - Bericht - 03 Nationaler Aktionsplan 2018-2020*, S. 2, verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/III/III_00216/fname_721006.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[169] Bundeskriminalamt, *Lagebericht Menschenhandel und grenzüberschreitender Prostitutionshandel 2017*, S. 11, verfügbar auf www.bmi.gv.at/bmi_documents/2251.pdf (Zugriff am 20. Dezember 2018); Bundesministerium für Inneres, *Menschenhandelsbericht 2017: 121 Opfer, Ermittlungen gegen 141 Tatverdächtige*. News, 17. November 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=4A366B6B4757526C446D633D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

8.2 Improving identification of and provision of information to third-country national victims of human trafficking

8.2.1 Provision of information on assistance and support to third-country national victims

Were there any new developments in relation to the improvement of the provision of information and assistance to third-country national victims (including child victims and applicants for asylum) during 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising ;	
Anlässlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels fand am 29. Oktober 2018 die jährlich von der österreichischen Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels (TF-MH) [170] organisierte internationale Konferenz statt. Thema war in diesem Jahr „Menschenhandel und Menschenrechte – Zugang zu Rechten für Betroffene des Menschenhandels".[171]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Sinne des NAP (2018–2020) wurden 2018 die Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA), der Erstaufnahmezentren, der Grundversorgungseinrichtungen sowie der Polizeianhaltezentren erweitert. Darüber hinaus wurde das muttersprachliche Informationsmaterial für potentielle Betroffene ausgeweitet. Insbesondere soll auch kinderfreundliches Material erarbeitet werden. Im Rahmen der TF-MH wurde die Arbeitsgruppe Kinderhandel mit der Erstellung eines Konzepts für eine bundesweite Schutzeinrichtung für minderjährige Fremde beauftragt.[172]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Jahr 2018 wurden Schulungen zum Thema Menschenhandel in die laufende Fortbildung von Bediensteten der Polizeianhaltezentren integriert. Darüber hinaus sind die österreichischen ExpertInnen auch in das Schulungsangebot der EU-Polizeiausbildungsagentur CEPOL eingebunden. Weiterhin finden jährliche Schulungen für VertreterInnen von Arbeitsinspektoraten und Finanzbehörden unter Einbindung des Bundeskriminalamtes sowie der Opferschutzeinrichtungen LEFÖ-IBF (Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel) und MEN VIA (Unterstützung für Männer als Betroffene des Menschenhandels) statt.[173]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Das Bundesministerium für Inneres (BMI) veranstaltete 2018 ein Seminar speziell zum Thema Kinderhandel für die MitarbeiterInnen des Kinder- und Jugendhilfeträgers der Stadt Wien (MA 11). Auch in den weiteren Bundesländern fanden entsprechende Schulungen statt.[174]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Measures on cooperation between national authorities;	

[170] 2004 wurde von der österreichischen Bunderegierung eine Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet, um die österreichischen Maßnahmen gegen Menschenhandel zu koordinieren und zu intensivieren. Hauptaufgabe der Task Force ist es, Nationale Aktionspläne auszuarbeiten und deren Umsetzung zu überwachen.

[171] Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Internationale Kooperation zur Bekämpfung des Menschenhandels im Fokus der Konferenz „Menschenhandel und Menschenrechte"*. Presseaussendung, Wien, 30. Oktober 2018, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/10/internationale-kooperation-zur-bekaempfung-des-menschenhandels-im-fokus-der-konferenz-menschenhandel-und-menschenrechte/ (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[172] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.

[173] Ebd.

[174] Ebd.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Mai 2018 haben das Bundesministerium für Inneres (BMI) und das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz die gemeinsame Förderung eines Kooperationsprojekts von UNDOK (Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender) und der Anlaufstelle MEN VIA (Unterstützung für Männer als Betroffene von Menschenhandel) zugesagt. Die Weiterführung des Projekts ist im NAP (2018–2020) enthalten. Das Projekt soll auch zur Umsetzung der Sanktionen-Richtlinie (2009/52/EG)[175] beitragen. Diese sieht Maßnahmen gegen ArbeitgeberInnen vor, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen.[176] Ein 2018 geschlossener Vertrag zur finanziellen Unterstützung von MEN VIA durch das BMI bildet die Grundlage für das Betreiben von anonymen Schutzwohnungen für Betroffenen von Menschenhandel und die Gewährleistung von Prozessbegleitung.[177]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Am 13. November 2018 ist ein Erlass des BMI bezüglich der bundesweiten Betreuung von Betroffenen von Menschenhandel und zur bundesweiten Gewährleistung von Opferrechten (*National Referral Mechanism*) in Kraft getreten. Darüber hinaus findet ein fortlaufender Austausch und eine enge Kooperation aller Ministerien und Stellen sowie der Bundesländer und Opferschutzeinrichtungen im Rahmen der TF-MH statt.[178]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Measures on cooperation between (Member) States.	
Im August 2018 überprüften Ermittler aus Bundes- und Landeskriminalämtern gemeinsam mit Polizeieinheiten aus Deutschland, Belgien und Italien Bordellbetriebe in Kärnten. Der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung aus Nigeria stand dabei im Mittelpunkt. Ein wesentlicher Bestandteil der internationalen Schwerpunktmaßnahme war die Beratung potentieller Betroffener und die Verteilung von Präventionsunterlagen.[179]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

8.2.2 Identification of victims

Were there any <u>new</u> developments in relation to the improvement of the identification of victims (including child victims and applicants for asylum) during 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising;	

[175] Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, ABl. 2009 L 168/24.

[176] Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, *UNDOK und MEN VIA: Grünes Licht für Förderung gegen Menschenhandel*. Presseaussendung, Wien, 18. Mai 2018, verfügbar auf www.sozialministerium.at/site/Service_Medien/Presse/Presseaussendungen/UNDOK_und_MEN_VIA_Gruenes_Licht_fuer_Foerderung_gegen_Menschenhandel (Zugriff am 20. Dezember 2018).

[177] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.

[178] Ebd.

[179] Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, *Schwerpunktaktion gegen Menschenhandel in Kärnten*. Presseaussendung, Wien, 31. August 2018, verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at/news.aspx?id=354348666B3368666444673D (Zugriff am 20. Dezember 2018).

Der NAP (2018–2020) sieht vor, bestehende Maßnahmen hinsichtlich der Identifizierung und Betreuung von Betroffenen des Kinderhandels auszuweiten. Unbegleitete Minderjährige werden als potentielle Risikogruppe hervorgehoben.[180]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
2018 wurden im Rahmen des Projekts Asyl-Train Schulungen zur Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel und zu interkulturellen Kompetenzen im Asylverfahren für MitarbeiterInnen des BFA, des Bundesverwaltungsgerichts, der ARGE Rechtsberatung, der Rechtsberatung des Verein Menschenrechte Österreich und der Firma ORS Service GmbH (zuständig für die Betreuung von AsylwerberInnen in den Bundesbetreuungsstellen) durchgeführt.[181] Das Projekt wird vom Landesbüro für Österreich der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres und der Europäischen Union implementiert.[182]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Der Direktor des Bundeskriminalamtes gab auf der Konferenz anlässlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels (siehe 8.2.1) bekannt, dass die Identifizierung von Betroffenen einen Arbeits-schwerpunkt darstelle und es entsprechende Schulungsmaßnahmen für die Exekutive sowie Informationskampagnen in Herkunftsländern gebe.[183]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Measures on cooperation between national authorities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Measures on cooperation between (Member) States.	
Im Juni 2018 konnte die österreichische Polizei in Zusammenarbeit mit spanischen Behörden 13 Betroffene des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung aus Venezuela und Kolumbien befreien und fünf Beschuldigte festnehmen.[184]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im August 2018 unterstützten rumänische KriminalistInnen das *Joint Operational Office* (JOO) im Bundeskriminalamt (BK) bei der operativen Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.[185]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Rahmen des Aktionsplans Sicheres Österreich (AÖS) unterstützten im September 2018 MitarbeiterInnen der Partnerdienstelle in Bulgarien das BK bei operativen Ermittlungen gegen organisierte Bettelei in Verbindung mit Menschenhandel. Ziel war zum einen der kriminalpolizeiliche Erkenntnisaustausch und zum anderen die Unterstützung bei der Identifizierung Betroffener von Menschenhandel durch BeamtInnen des Herkunftslandes.[186]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[180] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.
[181] Ebd.
[182] Für weitere Informationen siehe IOM Landesbüro Österreich, *ASYL-Train*, verfügbar auf www.iomvienna.at/de/asyl-train (Zugriff am 15. Jänner 2018).
[183] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.
[184] Bundesministerium für Inneres, *Bundeskriminalamt, Ermittlungserfolg gegen den organisierten Menschenhandel*. News, 13. Juni 2018, verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at/news.aspx?id=63373030566B4D4A754C6B3D (Zugriff am 20. Dezember 2018).
[185] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.
[186] Ebd.

8.2.3 Cooperation with third countries

Were there any <u>new</u> developments involving cooperation with third-countries on the prevention and fight against trafficking in human beings in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising;	
2018 wurden im Rahmen des JOO zahlreiche internationale Arbeitstreffen abgehalten. Beispielsweise nahmen im April 2018 BeamtInnen des JOO im Rahmen des Projekts EMPACT Chinese THB an einem ExpertInnentreffen in Peking, China teil. Im September 2018 nahm eine Expertin des BK an einem internationalen, operativen Treffen zum Thema Verwendung technischer Möglichkeiten in Ermittlungsverfahren in Abuja, Nigeria teil.[187]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Am 24. September 2018 wurde das vom Fonds für die innere Sicherheit (ISF) finanzierte Projekt „Twinning Serbien" in Belgrad eröffnet. Das Projekt dient der Stärkung der Kompetenzen der Institutionen, die mit dem Kampf gegen Menschenhandel befasst sind. Ziel ist die Verbesserung der Identifizierung von Betroffenen, die Prävention bzw. der Schutz von Betroffenen sowie die Entwicklung eines effizienten *National Referral Mechanism*.[188]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Joint investigation teams;	
Im September 2018 unterstützten nigerianische ErmittlerInnen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens OP ANGEL das JOO bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.[189]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
c) Information and prevention campaigns.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[187] Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 14. Jänner 2019.
[188] Ebd.
[189] Ebd.

9 RETURN AND READMISSION

9.1 Enhancing return migration management including cooperation among EU Member States on return practices

PLEASE NOTE THAT THIS **SECTION 9.1** OF THE SYNTHESIS REPORT WILL CONSIST OF THE FOLLOWING

9.1.1. Summary of the EMN REG return and reintegration activities developed during 2017 (To be drafted by the EMN Service Provider)

9.1.2. Summary of the Frontex Return Implementation Framework, including Joint Return Operations (JTOs) (To be provided by Frontex)

9.1.3. Maximising the potential of a common EU approach in the field of return, both voluntary and forced in compliance with existing EU acquis (To be drafted by COM)

9.2 Main national developments in the field of return

9.2.1 Swift, sustainable and effective return

9.2.1.1 General policy developments in the area of return

Were there any new developments with regard to the development of swift, sustainable and effective return in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Jahr 2018 legte das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) einen Fokus auf die Rückführung irregulär aufhältiger Drittstaatsangehöriger im Allgemeinen, sowie Personen mit negativen Asylbescheid im Speziellen. Dies sei notwendig, da ein funktionierender Rückführungsvollzug ein unverzichtbarer Bestandteil eines glaubwürdigen Asylsystems sei, so das BFA. Im Zuge dieser Schwerpunktsetzung erreichte das BFA eine Steigerung bei der freiwilligen und zwangsweisen Rückkehr gegenüber 2017. Laut vorläufigen Zahlen des BFA stieg 2018 die Zahl der Außerlandesbringungen um vier Prozent auf 12.611 Ausreisen an. Davon reisten 45 Prozent (5.665) der Personen freiwillig aus und 55 Prozent (6.946) wurden zwangsweise außerlandesgebracht. Bei den zwangsweisen Außerlandesbringungen kam es zu einer Steigerung um 47 Prozent (24 % ohne Dublin-Überstellungen) und bei der freiwilligen Ausreise um neun Prozent.[190]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[190] Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Rückstandsabbau erledigt, Verfahrensdauer unter drei Monaten, Abschiebungen gesteigert.* News, 24. Jänner 2019, verfügbar auf www.bfa.gv.at/presse/news/detail.aspx?nwid=72735962325769334A57773D&ctrl=794E752F6259564A344A437375564B796375373831364F486E38592F6A766152 (Zugriff am 28. Jänner 2019); Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019; Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 24. Jänner 2019.

9.2.1.2 Issuing Return decisions

Were there any new developments with regard to issuing return decisions in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Rahmen des Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018)[191] wurde auch das Fremdenpolizeigesetz 2005 (FPG)[192] geändert. § 46 Abs. 7 FPG sieht nun eine Verpflichtung der Krankenanstalt vor, das BFA auf Anfrage hinsichtlich der bevorstehenden Entlassung eines Fremden zu informieren, wenn eine Abschiebung zeitnah bevorsteht. Laut BFA sei die Weitergabe der Information hinsichtlich des Entlassungstermins im überwiegenden Interesse an einem geordneten und effizienten Vollzug des Asyl- und Fremdenwesens notwendig. Zugleich sei sie aber auf das notwendige Mindestmaß, nämlich den Termin der Entlassung aus der Anstaltspflege, beschränkt.[193] Die Änderung trat mit 1. September 2018 in Kraft.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Im Rahmen des FrÄG wurde zudem das BFA-Verfahrensgesetz (BFA-VG)[194] geändert. In § 9 BFA-VG wurde der Absatz 4 gestrichen. Dadurch kann nun auch gegen Personen, die langjährig rechtmäßig in Österreich niedergelassen waren, bei einem Überwiegen des öffentlichen Interesses eine Rückkehrentscheidung erlassen werden.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.3 Issuing Entry bans

Were there any new developments with regard to issuing entry bans in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Durch das FrÄG 2018 kam es zu Anpassungen des FPG. Dieses sieht nun vor, dass ein unbefristetes Einreiseverbot in Bezug auf straffällige Drittstaatsangehörige bereits erlassen werden kann, wenn sie von einem Gericht zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren rechtskräftig verurteilt wurden (§ 53 Abs. 3 Z 5 FPG). Zuvor waren es mindestens fünf Jahre.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.4 (Assisted) voluntary return

Were there any new developments with regard to (assisted) voluntary return in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

[191] BGBl. I Nr. 56/2018.
[192] BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.
[193] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 14. Jänner 2019.
[194] BGBl. I Nr. 87/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2018.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Seit Juni 2018 ist Österreich Partner des neu eingerichteten Reintegrations-programmes ERRIN (*European Return and Reintegration Network*). Zusätzlich zur ersten Säule aus dem Vorgängerprogramm ERIN, die gemeinsame Reintegrationsaktivitäten vorsieht, umfasst ERRIN in einer zweiten Säule auch die Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Rückkehr (z.B. Verbesserung der Rückkehrberatungsangebote sowie Projektentwicklung und Innovation).[195]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Mit dem Ziel anhand von standardisierten Formularen und Abläufen die freiwillige Rückkehr von Menschen in ihr Herkunftsland und deren Reintegration zu vereinfachen und zu verbessern erarbeiteten VertreterInnen aus Deutschland, Dänemark, Frankreich, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich Anfang 2018 unter österreichischer Leitung einen internen Leitfaden zur Harmonisierung sowie ein Pilotprojekt. Im Mai startete die erste Phase des Pilotprojekts in der Russischen Föderation. Im September gab es ein Arbeitstreffen von ERRIN-ExpertInnen in Wien, um die erprobten Formulare und Abläufe zu evaluieren und um die zweite Phase des Pilotprojekts vorzubereiten. Letztere begann im November in Marokko und bietet die Möglichkeit, die überarbeiteten Instrumente bis April 2019 erneut zu testen.[196]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im September 2018 startete eine bilaterale Kooperation zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem französischen Amt für Einwanderung und Integration. Ziel ist es, RückkehrerInnen aus insgesamt 13 frankophonen Staaten in Afrika Reintegrationsunterstützung anzubieten. Dieses Pilotprojekt ist die erste bilaterale Kooperation Österreichs im Bereich Reintegration.[197]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Am 1. September 2018 startete das BFA eine neue „Rückkehr-Bonusaktion“ im Bereich der freiwilligen unterstützten Rückkehr für (ehemalige) AsylwerberInnen, die aus einem der Top-6 Herkunftsstaaten (Afghanistan, Arabische Republik Syrien, die Islamische Republik Iran, Irak, Nigeria und die Russische Föderation) kommen. Ziel ist es, die bereits in den Jahren 2016 und 2017 gesetzten Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Freiwillige Ausreise – Ein Neustart mit Perspektiven“ fortzuführen sowie mit neuen Anreizen die Attraktivität der freiwilligen Ausreise zu erhöhen. RückkehrerInnen dieser Zielgruppe können zusätzlich zur finanziellen Starthilfe einen einmaligen Bonus von EUR 1.000 pro Person bzw. maximal EUR 3.000 pro Familie erhalten (Ausschlusskriterien bestehen). Die Dauer der Bonusaktion ist mit 31. Dezember 2018 begrenzt und richtet sich nach dem Datum der Beantragung zur Unterstützung für die freiwillige Ausreise. Bei der Zielgruppe handelt es sich um AsylwerberInnen im laufenden Verfahren (Asylantragsstellung vor dem Stichtag 1. September 2018) oder um Fremde, deren rechtskräftige Asylentscheidung nicht älter als sechs Monate ist und die aus einem der Top-6 Herkunftsstaaten stammen.[198]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[195] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 21. Jänner 2019.

[196] Bundesministerium für Inneres, *Freiwillige Rückkehr und Reintegration*. News, 21. September 2018, verfügbar auf www.bmi.gv.at/news.aspx?id=5A306E466A697A7A5359593D (Zugriff am 20. Dezember 2018); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 21. Jänner 2019.

[197] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 21. Jänner 2019.

[198] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 23. Jänner 2019; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Bonusaktion Plus 1.000 – Infoblatt*, verfügbar auf www.bfa.gv.at/files/return/2018_Bonusaktion_Infoblatt.pdf (Zugriff am 28. Jänner 2019).

*Please tick the appropriate box

9.2.1.5 Use of (alternatives for) detention in return procedures

Were there any new developments with regard to the use of detention and alternatives to detention in return procedures in 2018? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Siehe Kapitel 2.1.1.2	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

9.2.1.6 Recording of entry bans in the SIS and exchange of information

Were there any new developments with regard to recording entry bans in the SIS and facilitating the exchange of information on entry bans in 2018?[199] Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

9.2.1.7 Operation of national forced return monitoring system

Were there any new developments with regard to the operation of the national forced return monitoring system (established in accordance with Article 8 (6) of the Return Directive) in 2018?[200] Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

*Please tick the appropriate box

9.2.1.8 Other actions related to swift, sustainable and effective return

Were there any new developments related to the field of return in 2018 which were not covered above? Y/N.

---

[199] This category of measure relates to the commitments of the Stockholm Programme specifically.

[200] Directive 2008/115/EC of the European Parliament and of the Council of 16 December 2008 on common standards and procedures in Member States for returning illegally staying third-country nationals, OJ 2008 L 348/98.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
2018 lag einer der Arbeitsschwerpunkte des BFA auf der Außerlandesbringung strafrechtlich verurteilter Personen. So waren rund 42 Prozent der abgeschobenen Personen verurteilte StraftäterInnen. Die Priorität werde auch im Jahr 2019 fortgesetzt, so das BFA.[201]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Während Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union vom 1. Juli bis 31. Dezember 2018 innehatte, setzte das Bundesministerium für Inneres Schwerpunkte im Rückkehrbereich. Beispielsweise wurden die Verordnung für Verbindungsbeamte für Einwanderungsfragen, die rückkehrrelevanten Artikel der Frontex-Verordnung sowie die Rückführungsrichtlinie (2008/115/EG)[202] verhandelt.[203]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.2 Return of rejected asylum seekers

Were there any <u>new</u> developments regarding the return of rejected asylum applicants (including measures in relation to reception and supports, (alternatives) to detention, etc.) in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Please specify if there are any specific measures for unaccompanied minors and other vulnerable groups[204].

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.3 Return of irregular migrants

Were there any <u>new</u> developments to ensure the swift return of persons, overstaying permissions to stay or otherwise misusing legal migration channels in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

---

[201] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019.

[202] Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, 24. Dezember 2008, ABl. 2008 L 348/98.

[203] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 22. Jänner 2019.

[204] This group includes minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation.

Please specify if there are any specific measures for unaccompanied minors and other vulnerable groups.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Ein weiterer Schwerpunkt des BFA im Jahr 2018 waren Maßnahmen gegen irregulär aufhältige Personen. Gemeinsam mit den Landespolizeidirektionen wurden insgesamt über 330 Schwerpunktaktionen an öffentlichen Brennpunkten umgesetzt. Dabei wurden rund 8.500 Personen kontrolliert, über 350 Personen festgenommen und davon in 200 Fällen die Schubhaft verhängt. [205]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.4 Evidence of the effectiveness of the measures to ensure return

Please provide information regarding the **effectiveness** of the above-mentioned measures in ensuring return *(where evidence exists and stating how this is measured)*.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.

9.3 Strengthening cooperation with third countries of origin and transit on return and reintegration management

9.3.1 Involvement of third countries in return measures

Were there any new developments regarding return activities implemented in cooperation with third countries in 2018? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) hat im Rahmen seiner Schwerpunktsetzung auf die Rückführung irregulär aufhältiger Drittstaatsangehöriger seine Bemühungen, Charterrückführungen – insbesondere in Kooperation mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) – durchzuführen, intensiviert und konnte dadurch erstmals Charterrückführungen nach Bosnien und Herzegowina, Aserbaidschan und Bangladesch realisieren. 2018 wurden insgesamt 72 Charter-Abschiebungen (ohne Dublin-Überstellungen) in 17 Drittstaaten durchgeführt; das bedeutet eine Steigerung um rund 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr.[206]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
2018 hat sich das BFA um die Etablierung neuer Kooperationen im Bereich *Pre-return Management* (Erlangung von Heimreisezertifikaten) bemüht. Im Zuge dessen wurden Kontakte zu Staaten wie Côte d'Ivoire, Mongolei, Nepal, Sierra Leone und Usbekistan aufgebaut. [207]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Österreich empfing im Jahr 2018 vier Delegationen aus Staaten, die keine konsularische Vertretung in Österreich haben (Gambia, Guinea, Guinea-Bissau und Uganda). Im Zuge der Delegationsbesuche fanden Identifizierungsmissionen	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[205] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 25. Jänner 2019.
[206] Ebd.
[207] Ebd.

statt, bei denen die Identität vermeintlicher Staatsangehöriger zum Zwecke der Ausstellung von Heimreisezertifikaten überprüft wurde. [208]	

**Please tick the appropriate box*

9.3.2 Ensuring implementation of all EU readmission agreements to their full effect[209]

Please report on activities undertaken to support the implementation of **EU readmission agreements** (implementing protocols, cooperation (including diplomatic pressure) with third countries to encourage implementation) by completing the table and providing any additional relevant information in the box below:

EU Readmission agreement (country)	**National development (i.e. implementing protocol, cooperation)**	**Date of agreement (if relevant)**
Côte d'Ivoire	Während der Österreichischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 kam es zu einer Einigung mit Côte d'Ivoire im Hinblick auf ein Arbeitsabkommen zwischen der EU und Côte d'Ivoire zum Thema Rückkehr.[210]	
Russische Föderation und andere	Als zuständige Behörde für die Umsetzung der Rückübernahmeabkommen führt das BFA laufend Gespräche mit Drittstaaten bzw. deren VertreterInnen, um eine abkommenskonforme Umsetzung zu gewährleisten und weiter zu fördern. Im Jahr 2018 sind insbesondere Gespräche mit der Russischen Föderation sowohl in Österreich als auch mit dem Migrationsdienst in Moskau hervorzuheben. Gleichzeitig beteiligte sich das BFA aktiv an ExpertInnengremien auf EU-Ebene (*Country Working Groups* und *Joint Working Groups*), welche der Umsetzung dienen.[211]	

9.3.3 Reintegration measures implemented in cooperation with third countries, e.g. countries of origin.

Were there any <u>new</u> developments regarding **reintegration activities** implemented in cooperation with countries of origin in 2018? **Y/N**

Measures to support reintegration may include developing a rights-based framework for re-integration and for temporary and circular migration.

Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

[208] Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), BFA-Direktion, 24. Jänner 2019.
[209] Norway is invited to report on any national agreements in place.
[210] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung), 22. Jänner 2019.
[211] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/7 (EU-Angelegenheiten), 24. Jänner 2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2018.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

****